

GR/003/2019-004/1

## Verhandlungsschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadtgemeinde Leonding

**Termin:** Donnerstag, den 28.03.2019  
**Sitzungsbeginn:** 18:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 20:27 Uhr  
**Ort:** Stadtsaal

### Anwesenheit

#### 1. Vizebürgermeisterin

Naderer-Jelinek Sabine, Dr.in

#### 2. Vizebürgermeister

Täubel Michael, Mag.

#### 3. Vizebürgermeister

Bäck Franz

#### Stadtrat

Gschwendtner Klaus, Ing.

Hametner Peter, Ing.

Neidl Thomas, MBA

Schwerer Sven

Stangl Andreas

#### Mitglieder SPÖ

Asanger Petra

Dorl Karin

Goldgruber Claudia

Kronsteiner Harald, Mag.

Lutz Hildegard

Stipanitz Johann, Mag. Dr.

#### Mitglieder FPÖ

Gattringer Peter

Gruber Sascha

Möstl Tatjana

Steinkellner Günther, Mag.

Tagwerker Reinhard

#### Mitglieder ÖVP

Hölzl Anna

Landvoigt Jochen, Ing.

Luger Robert, Ing.

Quass Günther, Dr.

Velechovsky Karl, Ing. Mag.

#### Mitglieder GRÜNE

Eberdorfer Romana

Katstaller Johann

Linemayr Lukas

Prammer Agnes, Mag.

Mitglieder NEOS

Oismüller Gerd

Ersatzmitglieder SPÖ

Brunner Armin, DI

Höglinger Tobias, Mag.

Mader Bernhard, Mag., BSc

Schneeberger Franz

Vertretung für Frau Ing. Dilek Uzunkaya

Vertretung für Herrn Karl Rainer

Vertretung für Herrn Mag. Uwe Deutschbauer

Vertretung für Herrn Klaus Schneider

Ersatzmitglieder FPÖ

Römer Martin

Ulrich Christine

Vertretung für Herrn Dr. Helmut Grünling

Vertretung für Frau Rosemarie Kloibhofer

Ersatzmitglieder ÖVP

Panholzer Dietmar

Vertretung für Herrn DI Thomas Haudum

Ersatzmitglieder NEOS

Dorn-Fussenegger Lukas, DI

Vertretung für Herrn Ernst Mairinger

Stadtdirektor

Bindeus Heinz, MMag. Ing.

von der Verwaltung

Hochreiner Helmut

Wiesinger Bernhard, BA,MA

Schriftführer

Danninger Franz

Peschek Sabine

Es fehlen:

Mitglieder SPÖ

Deutschbauer Uwe, Mag.

Rainer Karl

Schneider Klaus

Uzunkaya Dilek, Ing.

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

entschuldigt

Mitglieder FPÖ

Grünling Helmut, Dr.

Kloibhofer Rosemarie

entschuldigt

entschuldigt

Mitglieder ÖVP

Haudum Thomas, DI, MBA

entschuldigt

Mitglieder NEOS

Mairinger Ernst

entschuldigt

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek nimmt die Angelobung von Frau Christine Ullrich vor, die dem Protokoll als Beilage angefügt ist.

Die Vorsitzende setzt den TOP 16 von der Tagesordnung ab.

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek gibt bekannt, dass ein Dringlichkeitsantrag der SPÖ, FPÖ und ÖVP Leon-ding vorliegt und GRErSM Mag. Höglinger bringt diesen zur Kenntnis.

**Eintritt in Gespräche mit den Eigentümern der Grundstücke 2101/57, 2101/58, 2101/56, 2101/27 und 2101/41, KG Leonding, um die beabsichtigte Nutzung abzuklären und über den Erwerb von Teilflächen bzw. die kostenlose Abtretung an die Gemeinde zu verhandeln**

Der unterfertigte Dringlichkeitsantrag ist dem Protokoll als Beilage angeschlossen.

**Beschluss**

**GR 28.3.2019**

Dem Antrag der SPÖ, FPÖ und ÖVP Leonding mit Stimmenmehrheit - durch Erheben der Hand – die Dringlichkeit zuerkannt.

Ja:	35
Nein:	1
Enthal- tung:	0

Ja: (VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek, StR Stangl, GR Dorl, StR Ing. Gschwendtner, GR H. Lutz, GR Dr. Stipanitz, GR Goldgruber, GR Asanger, GR Mag. Kronsteiner, GRersM Mag. Mader, GRersM Schneeberger, GRersM Mag. Höglinger, GRersM DI Brunner, VBM Mag. Täubel, GR Mag. Steinkellner, GR Ing. Hametner, GR Gattringer, GR Tagwerker, GR Gruber, GR Möstl, GRersM Römer, GRersM Ullrich, VBM Bäck, StR Neidl, MBA, GR Ing. Velechovsky, GR Dr. Quass, GR Landvoigt, GR Ing. Luger, GR Hölzl A., GRersM Panholzer, StR Schwerer, GR Linemayr, GR Eberdorfer, GR Oismüller, GRersM Dorn-Fussenegger)

Nein: (GR Katstaller)

Enthaltung:

GR Mag. Prammer ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

Über Antrag von VBM Dr.in Naderer-Jelinek beschließt der Gemeinderat gem. § 46 (3) der GemO 1990 i.d.g.F. einstimmig – durch Erheben der Hand –, TOP 22.1 vorzuziehen.

**TOP 22.1** **Eintritt in Gespräche mit den Eigentümern der Grundstücke 2101/57, 2101/58, 2101/56, 2101/27 und 2101/41, KG Leonding, um die beabsichtigte Nutzung abzuklären und über den Erwerb von Teilflächen bzw. die kostenlose Abtretung an die Gemeinde zu verhandeln**

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek erläutert die Angelegenheit und stellt den **Antrag**, die vorliegende Antragsempfehlung zu beschließen.

VBM Bäck:

Es gibt ja nicht nur in diesen Tagen sondern auch in den letzten Wochen rege Diskussionen um diesen Grünraum St. Isidor. Alle hier und auch draußen wünschen sich von der Gemeindeführung eine Klärung dieser Frage. Wir haben uns daraufhin letzte Woche entschieden, einen Antrag auszuarbeiten, um endlich ins Tun zu kommen. Ich bin froh, dass die ÖVP, SPÖ und FPÖ einen Antrag erstellt haben und sich der Wichtigkeit dieses Themas endlich annehmen. Mir ist wichtig, dass dem Beschluss auch Taten und Maßnahmen folgen müssen. Darum ersuche ich auch die geschäftsführende Vizebürgermeisterin, ihre Verantwortung hier besonders wahrzunehmen und mit den Grundeigentümern in Gespräche zu kommen. Wir können nicht warten, bis die Bürgermeisterwahl zu Ende ist, sondern wir müssen jetzt dieses Thema für die Zukunft in Leonding aus der Gemeindegemeinschaft angehen. Wir werden immer in Leonding, sowie in der Vergangenheit, eine Baupolitik mit Hausverständnis einschlagen. Es ist klar, dass die Wohnqualität gesichert werden muss, aber auch die Grünflächen erhalten werden müssen. Das Thema Verkehr ist angesprochen. Es würde, glaube ich, hier im Saal keiner einen Antrag, falls er kommen sollte, auf irgendeine Änderung dieser Flächen zustimmen, weil das überhaupt nicht möglich ist. Die Verkehrssituation ist dort so schwierig, die Straßen

sind seit den 60er-Jahren nicht breiter geworden, wir stehen an der Kremstaler Kreuzung und auch unten an der B 1. Ich denke „Leonding – Schön hier zu leben“ kann man nur erhalten, wenn man eindringlich mit den Grundbesitzern Gespräche führt, damit wir wissen, was sie vorhaben. Ich kann für mich und meine Fraktion sagen, dass wir einer Umwidmung oder sonstigen Dingen nicht zustimmen werden.

StR Schwerer:

Wir haben aus der Zeitung von diesem Antrag erfahren. Wenn unsere Fraktion Anträge stellt, schicken wir diese 1 bis 2 Wochen vorher aus, damit wir darüber sprechen können. Ich habe noch immer keinen Text, außer das was wir jetzt gehört haben. Die Bezirksrundschau schreibt „Dieser Antrag soll dem Antrag der Grünen Leonding zur Volksbefragung den Wind aus den Segeln nehmen.“ Die Eigentümerin, die Diözese, möchte ja kein Grünland verkaufen, sondern Bauland. Das kann aber sicher in einem Gespräch geklärt werden. Die wirtschaftliche Sinnhaftigkeit wäre natürlich auch interessant. Das kostet sehr viel Geld, da geht es um Millionen Euro. Die Pacht ist vergleichsweise ziemlich niedrig. Man müsste sich ausrechnen, wann das wieder hereinkommt – das dauert vermutlich ein paar hundert Jahre. Es kann auch jetzt schon nichts gebaut werden, denn es ist nichts umgewidmet. Wir müssen aus diesem Grund niemanden etwas abkaufen. Es ist auch nicht geklärt, ob es Interesse gibt, dass diese Fläche irgendjemand pachtet. Im Prinzip würden wir der Eigentümerin Diözese die Arbeit abnehmen, geeignete PächterInnen zu suchen. Andererseits wäre vermutlich eine Klärung im Gespräch natürlich interessant.

StR Ing. Hametner:

Geschätzte KollegInnen, geschätzte BürgerInnen!

Wenn Sie mich persönlich fragen, dann gibt es ein klares Statement. Das habe ich bei meiner Pressekonferenz zur Kandidatur auch klargemacht und an dieser Haltung hat sich auch nichts geändert. Einer Umwidmung in diesem Gebiet werde ich persönlich nicht zustimmen. Wir haben es in Leonding, und dieser Antrag soll das bekräftigen, bis jetzt immer gehandhabt, dass wir, wenn es um Flächen geht, die für Leonding essentiell sind, wie genau diese Fläche, um die es in diesem Dringlichkeitsantrag und auch in diesem Antrag der Grünen geht, vorher Gespräche geführt haben. Wenn man sich die Faktenlage ansieht, so sind wir, genauso wie Sie, wahrscheinlich auch viele die unterschrieben haben und verschiedene engagierte Bürger der Bürgerinitiative, von der Pressekonferenz eines Grünen Kandidaten davon informiert worden, dass hier ein klarer Antrag stattfinden soll. Über diese Vorgehensweise kann man geteilter Meinung sein. Ich bin eher der Meinung, wir haben uns immer in Leonding ohne Streit und Hader bei Dingen, wenn sie essentiell und wichtig für die Zukunft für Leonding sind, ausgesprochen.

Ich möchte an dieser Stelle 2 Dinge erwähnen:

Zum einen schätze ich meine Kollegen Johann Katstaller und Ing. Karl Velechovsky weil wir, wie dieser Antrag zustande gekommen ist, mit der Vorgehensweise, die auch heute besprochen worden ist, nicht einverstanden waren, wie das Land über die Gemeinde drübergefahren ist. Daher habe ich auch Johann Katstaller des Öfteren meine Hochachtung zum Ausdruck gebracht, dass er sich als Bürger in der Bürgerinitiative einsetzt, genauso wie Sie und genauso wie Bürgermeister a.D. Herbert Sperl. Was ich allerdings nicht verstehe ist, dass mir dann von der Presse gewisse Dinge ausgerichtet werden, und ja, es ist Wahlkampfzeit, vielleicht arbeitet man hier mit Polemik, aber Ihr und unser Gemeinwohl hat sich Polemik nicht verdient. Wenn dann der selbe Gemeinderat, der diesem Antrag zugestimmt hat, dann über die Presse ausrichten lässt, welches schändliche Vorhaben, er selbst beschlossen hat, und dass die Grünen nie für diese Umwidmung sind, dann ist das ein Vereinnahmen Ihrer/unserer Ideen und Bedürfnisse, die wir in Leonding haben.

Aber ich schätze auch demokratisch gefällte Beschlüsse. Der Gemeinderat hat sich, in dem Fall dann einstimmig, für diesen Antrag und für die Veränderung ausgesprochen. Und wie kommt man jetzt wieder aus dieser Situation heraus? Wir haben uns zusammengesetzt und diesen Antrag, der soeben verlesen worden ist, gefunden, weil wir glauben, hier haben wir 3 wichtige Dinge damit erreicht.

Zum einen sind wir als Gemeinde, wir als Ihre Vertreter, die 2015 von Ihnen gewählt worden sind, in der Lage, hier mitzureden. Nicht abhängig von der ein oder anderen Firma, von Gesprächen und Beschlüssen, die an anderen Ebenen geführt werden. Zum zweiten wollen wir hiermit zum Ausdruck

bringen, was uns in diesem Gebiet wichtig ist. Nämlich eine Erholungsfläche. Nur wie diese aussieht, ob das ein Obstbaum eine Blumenwiese, ein Park oder ob das eine Spazierfläche ist, ist derzeit Sache des Grundeigentümers. Aber wir wollen hier mitsprechen. Wir wollen hier als Ihre gewählten Vertreter die Möglichkeit haben, auch am sogenannten Steuer- und Lenkrad zu sitzen.

Und der dritte Punkt ist, wir wollen nicht über Sie drüberfahren. Wir nehmen Ihre Bedürfnisse ernst und wir respektieren die 2000 und wahrscheinlich viel mehr Unterschriften, weil das nur zeigt, dass wir Gleichklang haben und auch im Gleichklang sind, wenn es um diese Naherholungsfläche geht. Das sind die 3 Punkte, die dieser Antrag widerspiegelt, aber nicht gegeneinander und über die Presse ausgerichtet, sondern unterstützend. Wir haben nun die Faktenlage, dass wir derzeit in einer Widmung sind, wie sie damals passiert ist. Ich bitte alle Gemeinderäte, diesen Antrag so mitzutragen, weil ich glaube, dass es ein Widerspiegeln dessen ist, was die Bürgerinitiative will und ein Widerspiegeln, was wir für Leonding wollen und brauchen und von dem einen oder anderen Mandatar wirklich eine Geradlinigkeit in seiner persönlich Auffassung ist und sein persönliches Statement. Ich bedanke mich bei Ihnen, dass Sie zur Gemeinderatsitzung gekommen sind, weil das zeigt, dass hinter diesen Unterschriften auch Menschen und Persönlichkeiten stehen, die sich für unser Leonding einsetzen. Ich hoffe, Sie bleiben auch nach dem Punkt noch bei der Gemeinderatsitzung. Es geht in vielen Punkten um Leonding und vor allem um Ihr Leonding.

GR Katstaller:

Wir haben überraschend von dieser Sache gehört und konnten uns noch nicht beraten. Meine persönliche Meinung ist, dass ich eigentlich gegen solche Gespräche zum Zwecke des Ankaufs von Grundstücken bin, weil ich glaube, dass das nur eine Beruhigungsspiel ist. Was wird der Effekt sein? Eine Filetierung des Grünzuges. Der Grünzug funktioniert nur mit all diesen Vorteilen, die uns der Grünzug bringt, wenn er geschlossen bleibt. Wenn dann da Erholungsflächen, Parkflächen usw. sind, ist das der Beginn, wo man das dann wirklich entwickelt. Das ist eine Filetierung, und dagegen bin ich. Ich kann diesen Antrag nicht mittragen.

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek:

In dem Antrag steht nicht nur, dass Flächen erworben werden, sondern es soll auch in den Gesprächen darum gehen, ob vielleicht eine kostenlose Abtretung der Grundeigentümer möglich wäre. Die Eigentümer oder die Kirche haben angeblich diese Grundstücke auch selbst nicht käuflich erworben, also vielleicht ist auch das eine Möglichkeit, denn derzeit sind sie ja größtenteils nicht für die Öffentlichkeit nutzbar und das wäre das Ansinnen der Stadt.

GR Katstaller hält das nicht für durchführbar.

GR Mag. Steinkellner:

Es sind viele bewegte BürgerInnen hier im Saal. Ich glaube, wenn ich in die Runde schaue, bin ich der einzige, der seit 1991 im Gemeinderat ist und der damals gemeinsam mit Bürgermeister Kronsteiner, später Dr. Sperl Leonding von Grund auf mitgestaltet, insbesondere auch das Harter Plateau, die Sprengung der Hochhäuser usw., und darauf Einfluss genommen hat.

Selbst geprägt von einem Architekten in der Familie der nach Ende der 50er und Anfang der 60er-Jahre bereits die Straßenbahn nach Leonding bringen wollte, als das Harter Plateau für 40.000 bis 60.000 Einwohner geplant wurde, die ersten Hochhäuser damals gebaut wurden und die dann beseitigt wurden, weil wir damals - Bürgermeister Kronsteiner, Dr. Sperl, die Mutter vom jetzigen Vizebürgermeister Täubel - der Meinung waren, wir wollen, dass Leonding ganz langsam wächst. Wir wollten keine Hochhäuser haben, wir wollten mehr Grünzonen und Grünland bewirken und wir wollten eine ordentliche Verkehrsaufschlüsselung haben. Wir haben das Glück, dass wir mehrere Verkehrsachsen haben und das Glück, dass S-Bahn, Straßenbahn, Bus-Linie und Schnellbuslinien alles wunderbar funktioniert. Jetzt sind wir auf einem Scheideweg an der Grenze vor uns und die Stadt Linz steht jetzt in der Entscheidung, und die bauen Hochhäuser. In Linz wird das Wohnen immer höher, weil Linz keinen Platz mehr hat. Wir sind an der Grenze zu Linz. Tun wir jetzt hier mit oder nicht? Das ist eine sehr entscheidende politische Frage. Auf der einen Seite geht es darum, für unsere eigenen Kinder vielleicht noch irgendwo einen leistbaren Wohnraum zu haben und gleichzeitig die Lebensqualität, die wir jetzt in den letzten 30 Jahren in Leonding erreicht haben, für die Zukunft abzusichern. Natürlich ist jedem das Hemd näher als der Rock, d.h. uns ist natürlich wichtig, was

sich in Leonding weiterentwickelt. Daher auch vorweg meine ganz klare Positionierung: Die dortige Umwidmung kommt für mich weder für Wohnbau noch für ein Industrie- oder Gewerbegebiet in Frage, denn es ist - und das sage ich als Landesrat für Verkehr - verkehrsmäßig unmöglich. Wenn man annimmt, dass wir 600 Wohnungen haben und wir rechnen den PKW-Bestand x 1,5 und haben dann die Fahrten in der Früh und am Abend, dann kann man sich das ausrechnen, alleine durch den Wohnbestand. Ich weiß nicht, wie es aufschließbar ist. Ich habe es mir angesehen. Ich habe es mir auch in Linz angesehen, ob man über die Bahn auf die andere Seite kommt. So verführerisch es wäre, dass wir dort einen optimalen öffentlichen Verkehrsanschluss haben, nämlich die Phyrnbahn mit der S-Bahn, so problematisch ist der Individualverkehrsaufschluss und die Geländekante, daher wird dort nichts machbar sein. Ob jemand anderer mitredet oder nicht, da bin ich selbstbewusster Leondinger, ich brauche keinen Schutz vom Land oder der EU oder sonst irgendjemanden. Wenn wir uns einig sind und das hat StR Ing. Hametner auch schon erklärt, dass er als Bürgermeister-Kandidat gegen eine Umwidmung ist, ebenso der Herr Vizebürgermeister, also wenn wir alle gegen eine Umwidmung sind, dann können wir uns darüber unterhalten, welchen Park und welche verbesserte öffentlichen Nutzung wir machen, dann kann dort vielleicht wirklich etwas anderes Positives entstehen. Ich glaube, dass der Gemeinderat im Hinblick darauf, was Kronsteiner, Sperl und wir in der Vergangenheit für Leonding bewirkt haben, das so grün wie möglich und verkehrsmäßig so optimal wie möglich zu erschließen, weiterführen und nur ganz langsam wachsen sollten. Wir wissen, das kostet auch seinen Preis, weil damit der Wohnbau und die Flächen bei uns immer teurer werden und es für junge Menschen schwierig ist, sich wirklich hier anzusiedeln. Da wird sich die Gemeinde noch viel überlegen müssen, aber nicht dort, wie man für junge LeondingerInnen eine Chance hat, damit sie nicht woanders hin siedeln müssen. Wir haben das Dilemma wie ein Wintersportort oder ein Tourismusort, die auch das gleiche Problem zu verzeichnen haben. Ich glaube, wir sind uns einig und wir wollen Leonding auch in der Zukunft so liebenswert und schön haben, wie wir es auch nach außen hin bezeichnen und daher auf unsere Grünzonen, Grünland oder Ackerflächen, wie auch immer die Grünlandnutzung passiert, aufpassen und es möglichst der breiten Menge der LeondingerInnen zur Verfügung stellen. Das gilt dort, das gilt aber auch in den vielen anderen Grünbereichen, ob sie geschützt sind durch Grünzone oder ob sie landwirtschaftlich genützt werden oder bis hinaus nach Ruffing, wo wir viele Grünflächen haben ohne einen Schutz. Das sollte uns Leonding für die Zukunft wichtig sein und es sollte ein kommunaler Konsens sein. Ich verstehe das, wir befinden uns vor einer Bürgermeisterwahl und da ist jede Fraktion, wir haben ja 5 Kandidaten, also natürlich interessiert, sich entsprechend zu positionieren. Aber wenn alle hier jetzt erklären, auch vor den BürgerInnen, dass es keine Umwidmung gibt, dann müsste auch dieses Wort noch zählen. Ich bin eben jemand, der sagt, der Handschlag hat manchmal mehr Gültigkeit als irgendein Vertrag. Wenn das jeder erklärt, dann können die Bürger getrost nach Hause gehen. Wie man es dann nützt, ob Obstgarten, Ackerbau oder vielleicht ein Park oder eine Hundefreilaufwiese, was auch immer dann kommt, muss man mit den Grundeigentümern abklären und das wird eben dann kommen. Umwidmung geht dort verkehrsmäßig unmöglich.

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek:

Danke, Herr Landesrat, ich werde Dich an diese Handschlagqualität erinnern, wenn es dann um das Thema Westbahn geht, das wir auch demnächst besprechen dürfen.

Wir waren gestern beide im Architekturforum in Linz und hier ist es genau um dieses Thema gegangen. Da du die Hochhäuser angesprochen hast: Ich durfte dort gemeinsam mit Bürgermeister Luger, Bürgermeister Hackl aus Steyr und mit Landesrat Haimbuchner auf der Bühne sein und mich zum Thema „Leistbarer Wohnraum“ äußern. Anders als der Linzer Bürgermeister, der sich dort sehr klar dazu bekannt hat, dass er weiterhin in die Höhe bauen will, habe ich dort gesagt, wir haben aufgrund der Erfahrungen, die wir am Harter Plateau gesammelt haben, in Leonding die Absicht und haben das auch in den letzten Jahren auch immer so verfolgt, Qualität vor Quantität zu setzen. Man sieht es ja auch am Harter Plateau, gerade rund um die Spar-Gründe, dort haben wir die Geschoßflächenzahlen heruntergeschraubt, weil wir es für unvernünftig halten und das gegen die Begeisterung des Landes, denn der Wohnbaulandesrat hätte es aufgrund der Wohnbauförderung anders gesehen und versucht uns immer wieder davon zu überzeugen, dass wir mehr Geschoße brauchen würden. Daher auch die Absicht hinter dem Antrag zu sagen, dass wir Gespräche führen und uns das ansehen.

StR Stangl:

Lieber Herr Landesrat, jetzt muss ich Dich schon fragen, wir haben ja das Ganze als Stadt Leonding nicht bestellt. Wir haben ja, was die Flächen betrifft, andere Wünsche gehabt. Ich nehme an, wenn Du Dich jetzt so vehement hinausstellst und sagst, du bist dagegen, dass Du bei dieser Sitzung der Landesregierung, wo das beschlossen wurde, nicht dabei warst, denn es gab dort nur 1 Gegenstimme, und diese war, meines Wissens, von Rudi Anschober.

Du hast aber recht, wenn du sagst, es hat einen Konsens gegeben. Ich glaube, diesen Konsens haben wir auch nicht verlassen. Wir haben damals mit dem Flächenwidmungsplan 1996 die Baulandflächen, das weiß auch der Altbürgermeister noch ganz genau, von 917 ha auf 871 ha und jetzt auf 865 ha zurückgenommen und haben seitdem nicht zusätzlich gewidmet. Ich verstehe die Anliegen der Nachbarn, aber wir tun so, als ob wir jetzt mit jener Situation, die wir vorfinden, zufrieden sein könnten. Wir haben hier eine Situation in Isidor, die für die Stadt nicht besonders glücklich ist. Damals hat es im Behindertendorf St. Isidor eine Politik gegeben, auch in Hartheim und in anderen Einrichtungen, die vom Land finanziert worden sind, dass behinderte Menschen gesammelt worden sind, in Dörfern beisammen waren und dort betreut wurden. Jetzt gibt es einen richtigen Trend, der in Richtung Inklusion geht, das heißt, dass die behinderten Menschen im direkten Wohnumfeld verbleiben können, nicht von einer Gemeinde in eine andere Gemeinde transferiert werden und man merkt, wie wenig es jetzt im Behindertendorf Isidor gibt. Teilweise ist diese Verkehrsfläche oder die Fläche für uns als Stadt nicht ersichtlich, die Straßen sind dort gesperrt und es herrscht dort eine Politik, dass der Nachbar den Verkehr hat und die anderen ein vermeintlich ruhiges Leben haben. Wenn man darauf schaut, wie sich die Stadt entwickeln soll und dass wir auch diese Problematik in Isidor in den Griff bekommen, bin ich dafür, dass wir den Weg gehen, den wir in Leonding immer gewählt haben, nämlich, dass wir mit den Grundeigentümern reden. Was tun wir, wenn sie die Landwirtschaft aufgeben und einfach die Obstbäume umschneiden? Dann können wir uns als Stadt auch nicht wehren. Jetzt können wir in das Grundstück nicht hinein und können es dort nicht als Naherholungsgebiet haben. Daher bin ich dafür, dass wir die Gespräche führen. Wenn wir die Gespräche beendet haben, werden wir selbstverständlich die Leute fragen, was sie davon halten.

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek:

Wir haben für die SPÖ-Fraktion beschlossen, dass es für uns verbindlich sein wird, wenn bei diesen gemeinsamen Gesprächen im Sinne der Stadt, im Sinne der Bevölkerung und eventuell auch im Sinne des Grundeigentümers es zu einem gemeinsamen Konsens kommt, zu einem gemeinsamen Projekt oder zu einem Projekt jedenfalls und es dann eine Befragung darüber gibt, dann wird das für die SPÖ-Fraktion bindend sein. Für die anderen Fraktionen kann ich das natürlich nicht beurteilen.

StR Ing. Gschwendtner:

Ich denke, dass die Gespräche mit dem Grundeigentümer ganz wichtig sind. Ich möchte einfach hinweisen, dass es derzeit noch immer Grünland ist. Es ist zwar nicht in dem überregionalen Grünzonenplan des Landes dabei, aber es ist Grünland. Bei Grünland haben wir als Gemeinde den geringsten Einfluss, was damit gemacht wird. Wenn ich ein Bauland habe, dann ist festgelegt, was man machen und wie man bauen darf. Das heißt, hier ist die Gemeinde als Planungsbehörde immer gefragt und muss das auch beschließen. Beim Grünland, da zählt auch z.B. der Wald dazu, alles was Grünflächen sind oder wenn es landwirtschaftlich genutzt wird, obliegt es dem Eigentümer, was er dort macht. Das heißt, bezüglich der Angst, die jetzt natürlich viele haben, dass die Bäume umgeschnitten werden, haben wir als Gemeinde keine Handhabe. Es gibt verschiedene landwirtschaftliche Nutzungen. Es gibt Projekte mit einem Hühnerstall im Grünzug – wir haben hier aus planerischer Sicht keine Möglichkeit etwas zu tun. Daher ist es ganz wichtig, mit dem Grundeigentümer Gespräche zu führen, weil wir nicht wissen, was wirklich passiert. Ich möchte warnen, diese Ängste, die vorhanden sind, sind in dieser Widmung sehr berechtigt, weil wir keine Handhabe dagegen haben.

GR Dr. Quass:

Ich möchte nur darauf hinweisen, der, der diesen Antrag nicht mitträgt, ist de facto gegen Gespräche, der ist de facto gegen eine vernünftige Nutzung, wie es wir hier definiert haben und der ist letzten Endes auch gegen unsere Vorstellung der direkten Demokratie.



GR Katstaller:

Ich habe mit potenten Pachtwilligen gesprochen, die sehr interessiert wären, den Obstbau weiterzuführen oder auch eine Biolandwirtschaft in dieser Größe zu machen, nur verweigert die Eigentümerin Gespräche mit diesen Pachtwilligen. Das heißt, wenn es zu keiner Umwidmung kommt, dann wird es auch recht werden, dass diese Pächter zum Zuge kommen und wir können dort die Landwirtschaft erhalten. Es wird immer gesagt, wir brauchen Flächen für Wohnraum, wir haben aber genaue Wohnbaugebiete gewidmet und es muss nicht gerade der Grünzug sein, der zum Wohnbaugebiet wird. Wir haben noch genug Kapazität, woanders zu bauen. Die Nachnutzung des Gebietes wäre sichergestellt.

GR Mag. Kronsteiner:

Das Thema „Wir haben genug Bauland“ stimmt am Papier, man muss es trotzdem im gesamten Gemeindegebiet von Leonding sehen.

Leonding besteht aus rund 2.400 ha, davon sind 865 ha Bauland, das sind 36 % des Gemeindegebietes. 63 % des Gemeindegebietes sind Grünzonen und Grünland. Die Landwirtschaft ist nicht unbedingt der geringste Anteil in Leonding.

Zum Thema, dass wir genügend Bauland haben, hast Du am Papier recht. Man muss aber auch dazu sagen, dass sich das Bauland seit 1970 bis jetzt um rund 15 % erhöht hat. Wenn man das durchdividiert, wären das in den letzten 50 Jahren rund 0,3 % pro Jahr, wo Bauland dazu gekommen ist. Die Bevölkerung hat sich in diesem Zeitraum aber um 100 % gesteigert. Jetzt gibt es natürlich eine höhere Nachfrage – höhere Nachfrage bedingt höhere Preise.

Sehr viele Grundstücksinhaber, die Bauland gewidmet haben, möchten gar nicht verkaufen, weil der Grund natürlich laufend steigt. Aus der persönlichen Situation ist das natürlich verständlich, dass man das maximieren möchte, auf der anderen Seite haben wir aber eine Bevölkerung und unsere Kinder. Man kann davon ausgehen, dass der Zuzug nach Leonding trotzdem noch immer wünschenswert ist mit 63 % Grünflächenanteil, aber die Gründe werden immer teurer. Wir haben im letzten Jahr in manchen Gebieten schon die Schallmauer von über € 1.000,--/m<sup>2</sup> erreicht. Ich weiß nicht, wie die Verdienstsituation von den meisten hier ist, ich glaube, es ist ein bisschen schwierig, sich eine Parzelle mit 500 m<sup>2</sup> um € 1.000,--/m<sup>2</sup> zu kaufen, denn man braucht einmal € 500.000,-- nur für den Grund. Das ist für den sozialen Wohnbau auch nicht unbedingt einfach, wenn man für ein großes Gebiet Millionen hinlegen muss. Daher Bauland hätten wir, es kommt nur nicht auf den Markt und der Zuzug ist immer noch da. Man muss das relativieren und sozialer Wohnbau wäre schon sehr wünschenswert. Bei diesem Grünraumanteil von 63 % und einer Steigerung von jährlich 0,3 % in den letzten 30 Jahren, haben wir eigentlich überhaupt keine Steigerung, das Grünland ist etwa gleichgeblieben. Man sollte jetzt nicht der Versuchung nachgeben, den Teufel an die Wand zu malen und sagen, dass alles furchtbar ist, Leonding zubetoniert wird und es gibt kein Grün mehr, zumal diese 63 % Grünflächen, die wir haben, so ziemlich genau das Gemeindegebiet von Traun ist, wo 24.000 oder 25.000 Menschen leben und auch noch Grünraum ist. Man muss das trotzdem bei aller Diskussion und bei allem Verständnis auch ein wenig relativieren und nicht nur auf den Grünraumbedarf und das „im Grünen leben wollen“ Rücksicht nehmen, sondern auch auf die Möglichkeit, dass unsere Kinder und auch unsere Generation, sich irgendwo Eigentum schaffen oder zu einem vernünftigen Preis wohnen möchten. Es kann nicht sein, dass nur Millionäre nach Leonding ziehen und dort bauen können, es sollte auch für die normale Bevölkerung ein Wohnraum leistbar sein. Darum bitte ich, nicht alles schwarz-weiß zu sehen.

GR Oismüller:

Wir NEOS haben ja schon damals mit viel Bauchweh zugestimmt und auch wie alle anderen Fraktionen klargestellt, dass wir das Grünland, weil es zu dem zentralen Grüngürtel gehört, unbedingt erhalten wollen. Ich behaupte, das haben heute hier auch alle wieder zugesagt. Nichts desto trotz, wenn man den Gesprächen so zuhört, ich unterstelle jetzt einmal, dass durchaus auch andere Ideen durch den Raum geistern als nur das Grünland zu erhalten. Wir wollen das Grünland, speziell den zusammenhängenden Grüngürtel auf jeden Fall erhalten, auch wenn der Antrag auf Gespräche jetzt kurzfristig hereinkommt – natürlich soll man Gespräche führen, das ist das Minimum zwischen Menschen Gespräche zu führen. Finden wir sehr schön, würden wir grundsätzlich auch zustimmen. Ich muss aber schon sagen, der Zeitpunkt ist etwas eigenartig. Es liegt ein Antrag der Bürgerinitiative vor, der dank den Grünen direkt eingebracht wird und genau – welcher Zufall – zu diesem Zeitpunkt



wo es um eine Bürgerinitiative und um direkte Demokratie geht, kommt man auf die Idee, man könnte auch miteinander reden. Wie schön als Alternative. Es freut mich sehr, aber den Zeitpunkt finde ich sehr spannend. Es ist ja schon in der Zeitung gestanden, es geht darum, einer Bürgerinitiative den Wind aus den Segeln zu nehmen – das sehe ich grundsätzlich genauso, denn reden hätte man ja auch schon vorher können, da brauche ich keine Bürgerinitiative dazu.

Daher werden wir uns bei diesem Antrag der Stimme enthalten und dem Antrag der Grünen und der Bürgerinitiative zustimmen.

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek:

Es ist in der Zeitung gestanden „den Grünen den Wind aus den Segeln zu nehmen“ und nicht der Bürgerinitiative. Die Emotionalität aus der Diskussion zu nehmen, das war das Ansinnen des 3-Parteien-Antrages.

## Beschluss

**GR**                      **Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Die Antragsempfehlung wird mit Stimmenmehrheit – durch Erheben der Hand - beschlossen

Ja:	29
Nein:	5
Enthaltung:	2

Ja: Vbgm. Dr. Naderer-Jelinek, StR Stangl, StR Ing. Gschwendtner, GR Dorl, GR Lutz, GR Mag. Dr. Stipanitz, GR Goldgruber, GR Asanger, GR Mag. Kronsteiner, GRE Mag. Mader BSc, GRE DI Brunner, GRE Mag. Höglinger, GRE Schneeberger, Vbgm. Mag. Täubel, StR Ing. Hametner, GR Gattringer, GR Tagwerker, GR Gruber, GR Möstl, GRE Römer, GRE Ulrich, Vbgm. Bäck, StR Neidl MBA, GR Ing. Mag. Velechovsky, GR Dr. Quass, GR Ing. Landvoigt, GR Ing. Luger, GRE Panholzer, GR Hölzl

Nein: StR Schwerer, GR Katstaller, GR Mag. Prammer, GR Linemayr, GR Eberdorfer

Enthaltung: GR Oismüller, GRE DI L. Dorn-Fussenegger

GR Mag. Steinkellner ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

## Tagesordnung, Beratungsverlauf und -ergebnisse

Eintritt in Gespräche mit den Eigentümern der Grundstücke 2101/57, 2101/58, 2101/56, 2101/27 und 2101/41, KG Leonding, um die beabsichtigte Nutzung abzuklären und über den Erwerb von Teilflächen bzw. die kostenlose Abtretung an die Gemeinde zu verhandeln

- TOP 1 Abhaltung einer Volksbefragung "Soll für die regionale Grünzone zwischen den Stadtteilen Oed (Linz) und St. Isidor (Leonding) die Flächenwidmung Grünland bleiben - Antrag der Grünen
- TOP 2 Wahlen in Ausschüsse des Gemeinderates und in Ausschüsse außerhalb der Gemeinde
- TOP 3 Durchführung des sozialpädagogischen Sommerprojektes 2019
- TOP 4 Jugendförderung - Vergabe der ordentlichen Subvention für das Finanzjahr 2019
- TOP 5 Volkshochschule Leonding - Gewährung einer Subvention
- TOP 6 Institut Interkulturelle Pädagogik – Integrations- und Fördermaßnahmen für Schulkinder und deren Mütter; Kostenbeteiligung
- TOP 7 Subvention 2019 Pfarrcaritas Kindergarten St. Michael
- TOP 8 Vergabe von Subventionen an nicht städtische Kinderbetreuungseinrichtungen
- TOP 9 Ldg. Pflichtschulen - Gewährung von Zuschüssen f. Schulprojekte - Kreditübertragung

- TOP 10      Ansuchen diverser Vereine um Gewährung einer ordentlichen Subvention im Bereich Maßnahmen der Musik
- TOP 11      Ankauf Löschfahrzeug LFB-A für die FF Leonding - Endabrechnung und Finanzierungsplan
- TOP 12      Pachtvertrag ehem. Bata's
- TOP 13      Pachtvertrag ehem. Stadtcafé
- TOP 14      Adaptierungsarbeiten für die Erweiterung der Kinderbetreuungseinrichtung auf 5-KIGA Gruppen im Schulzentrum Hart - Auftragsvergabe
- TOP 15      Pumpwerk Doppl, Maschinelle Ausrüstung - Auftragsvergabe
- TOP 16      Neugestaltung Spielplatz Nußböckstraße
- TOP 17      Grünflächenbetreuung (Mäharbeiten) von Gemeindegrundstücken für die Jahre 2019,2020 und 2021
- TOP 18      Bebauungsplanerstellung Nr. 4.3 "Schusterstraße" - Einleitung des Verfahrens und Erklärung zum Neuplanungsgebiet über das Planungsgebiet zur Erstellung eines Bebauungsplanes Nr. 4.3 "Schusterstraße"– Beschlussfassung
- TOP 19      Kenntnisnahme der Bebauungsstudie Herzogstraße, Bebauungsplanerstellung Nr. 3.11 - Einleitung des Verfahrens und Erklärung zum Neuplanungsgebiet über das Planungsgebiet zur Erstellung eines Bebauungsplanes Nr. 3.11 - Beschlussfassung
- TOP 21      Berichte des Bürgermeisters
- TOP 22      Allfälliges

Die Vorsitzende eröffnet um 19.03 Uhr nach vorangegangener Fragestunde die Sitzung und stellt fest, dass

- a) der Sitzungskalender für das Jahr 2019 nachweisbar zugestellt wurde und der Nachweis hierüber der Verhandlungsschrift vom 07.12.2018 beiliegt;
- b) die Sitzung von ihm einberufen wurde;
- c) die Verständigung hiezu schriftlich an alle Gemeinderatsmitglieder unter Bekanntgabe der Tagesordnungspunkte rechtzeitig ergangen ist;
- d) die Beschlussfähigkeit gegeben ist sowie
- e) die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 26.02.2019 entsprechend den Bestimmungen des § 54 Abs. 4 der GemO 1990 idgF. gefertigt wurde, den einzelnen Fraktionen zugegangen, im Rathaus zu den Amtsstunden aufgelegt ist und in dieser Sitzung aufliegt. Einwendungen dagegen können bis Sitzungsschluss erhoben werden.

- TOP 1           Abhaltung einer Volksbefragung "Soll für die regionale Grünzone zwischen den Stadtteilen Oed (Linz) und St. Isidor (Leonding) die Flächenwidmung Grünland bleiben - Antrag der Grünen**

StR Schwerer Bringt den Antrag der Grünen zur Kenntnis.

## VERLANGEN



der unterfertigten Gemeinderät\*innen  
gem. § 38 OÖ Gemeindeordnung auf Aufnahme des Antrags

### **Abhaltung einer Volksbefragung**

mit der Fragestellung

„Soll für die regionale Grünzone zwischen den Stadtteilen Oed (Linz) und St. Isidor (Leonding) die Flächenwidmung Grünland bleiben?“

Begründung:

Aus stadtklimatologischer Sicht würde die Verbauung des Grünzuges St. Isidor eine massive Verschlechterung für die umliegenden städtischen Gebiete bringen. Auf großen Grünflächen, insbesondere Obstgärten entsteht kühle, feuchte Frischluft, die schwerer ist als die belastete Stadtluft. Durch die Hanglage strömt die Luft in Wohngebiete, es entsteht eine Art Atmungseffekt. Gerade die Bäume erzeugen durch die große Blattoberfläche große Mengen an Frischluft.

In den zu erwartenden heißen Sommern sind Grünland und Bäume notwendig um städtische Gebiete halbwegs abzukühlen. Zu diesem Schluss kommt auch die Abteilung Umweltmanagement der Stadt Linz. Der Grünzug „Bergern“ in St. Isidor wird in Stellungnahmen explizit erwähnt.

Die letzten Obstgärten in der Region sind Lebensraum für Insekten, Niederwild und Kleinsäuger. Die Ackerböden in Leonding sind von außerordentlich guter Qualität und sind neben Lebensraum für Bodenlebewesen auch Schutz vor Hochwasser.

Durch Herausnahme aus dem Grünzug besteht die Gefahr, dass diese grünen Lungen aufgrund von Umwidmungen in Betriebs- und Wohnbaugebiet diese Funktionen verlieren. Zusätzlich würden Betriebs- und Wohnbau eine gigantische Verkehrslawine nach sich ziehen.

Über 2000 Unterschriften aus den verschiedensten Leondinger Stadtteilen zeigen, dass die Bevölkerung eine Klärung der Situation wünscht.

Die Vornahme von Flächenwidmungen ist im Aufgabenbereich des Gemeinderats, weshalb dieser beschließen kann, diese vom Vorliegen des Ergebnisses einer Volksbefragung in der Gemeinde abhängig zu machen.

Die unterzeichneten Mitglieder des Gemeinderates stellen daher folgenden

### **Antrag:**

**Der Gemeinderat beschließe die Abhaltung einer Volksbefragung mit der Fragestellung „Soll für die regionale Grünzone zwischen den Stadtteilen Oed (Linz) und St. Isidor (Leonding) die Flächenwidmung Grünland bleiben?“ am 15.9.2019.**

Leonding, am 14.3.2019

Sven Schwerer

Agnes Sirkka Prammer

Johann Katstaller

GR Katstaller:

Jeder hier im Raum hat sich sicher mit der Problematik beschäftigt und das Für und Wider abgewogen. Das Problem lastet den Menschen schwer auf den Schultern, bereits jetzt ist das vermehrte Auftreten von Allergien und Atemproblemen in der Folge der Feinstaubbelastung zu beobachten. Wie es um die Leondinger Luft steht, kann man nicht genau sagen, das wird vom Computer errechnet. Vielleicht bekommen wir einmal eine Luftmessstation. Aber wie würde es erst sein, wenn der Grünzug, der auch der Bindung von Feinstaub dient, genau durch seine Verursacher, Verkehr und Betriebe, ersetzt würde. Ich ersuche daher alle Fraktionen zumindest eine Volksbefragung durchführen zu lassen, um zu sehen, wie weit dieses Thema wirklich unter den Nägeln brennt. Das ist das Mindeste, was wir für die direkte Demokratie tun können. Es wird immer vom Ungeheuer der Politikverdrossenheit gesprochen, jetzt haben wir die Möglichkeit, etwas dagegen zu tun.

STAD Mag. Bindeus:

Ein paar Anmerkungen aus rechtlicher Sicht. Eine Volksbefragung ist im §38 der Gemeindeordnung geregelt. Unter anderem kann der Gemeinderat beschließen, die Behandlung einer bestimmten in seinen Aufgabenbereich, hier wird der § 43 zitiert, fallenden Angelegenheiten vom Vorliegen des Ergebnisses einer Volksbefragung in der Gemeinde abhängig zu machen. Im Abs. 6 heißt es dann, der Gegenstand der Volksbefragung muss vom Gemeinderat bei der Frage so formuliert werden, dass die Beantwortung nur mit ja oder nein möglich ist.

Zur Fragestellung, soll für die regionale Grünzone zwischen den Stadtteilen Oed (Linz) und St. Isidor (Leonding) die Flächenwidmung Grünland bleiben, verweise ich auf die Verordnung der OÖ. Landesregierung vom 30.11.2018, betreffend das regionale Raumordnungsprogramm für die Region Linz Umland 3. In den Anlagen dieser Verordnung werden die Grenzen der regionalen Grünzone dargestellt. Eine regionale Grünzone für das gegenständliche Gebiet ist, so weit erkennbar, nicht ausgewiesen und vom Wortlaut der Fragestellung nicht oder nur teilweise umfasst..

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Judikatur. Der Verfassungsgerichtshof führt aus: „Gerade Einrichtungen der direkten Demokratie erfordern es jedoch, dass das Substrat dessen, was den Wahlberechtigten zur Entscheidung vorgelegt wird, klar und eindeutig ist, damit Manipulationen hintangehalten und Missverständnisse soweit wie möglich ausgeschlossen werden können.“ In einer weiteren Aussage des Verfassungsgerichtshofes heißt es: “Bei Volksbefragungen ist die Klarheit der Fragestellung essentiell, und zwar unabhängig davon, wie intensiv eine Frage vor der Volksbefragung diskutiert wurde“. Daher mein Appell, sollte der Gemeinderat die Abhaltung einer Volksbefragung beschließen, so ist es aus den genannten Gründen erforderlich, die Frage zu präzisieren, es ist klar darzustellen, welche Flächen gemeint sind, um den rechtlichen Anforderungen zu entsprechen.

StR Ing. Hametner:

Lieber GR Katstaller, wenn du mich fragst, ob ich eine Volksbefragung zu dem Thema brauche, dann verneine ich das. Die 2000 Unterschriften und die Teilnahme der Bürger hier ist für mich Aussage genug. Dafür brauche ich keine Fragestellung, die nicht klar ist. Für uns und viele hier herinnen ist klar, dass das Grün bleiben soll, ohne mich auf den Fachterminus festzunageln. Es ist klar, dass wir in Leonding die Grünflächen, die wir haben, egal in welcher Nutzung, auch behalten wollen. Aus meiner Sicht ist dieser Antrag aus zwei Gründen nicht anzunehmen, einerseits, weil er inhaltlich nicht ganz klar formuliert ist und andererseits, weil eine Volksbefragung, so wünschenswert sie ist, das Aufsperrn von 37 Wahllokalen nach sich zieht. Nur für eine Frage, die dasselbe Ergebnis bringt wie jetzt, nämlich, dass der Gemeinderat mit der Fragestellung wieder befasst wird, ist aus meiner Sicht doppelt gemoppelt. Daher ist für mich der Antrag ein bisschen fragwürdig, so wie er zu Stande gekommen ist. Wäre der Antrag von der der Bürgerinitiative zu verstehen gewesen, dann fehlt das in der Begründung und im Text, so ist es reiner politischer Antrag, das Volk zu einem Thema zu befragen, das nicht klar formuliert ist. Für uns ist klar, dass wir diesen Grünzug erhalten wollen. Daher werde ich gegen den Antrag stimmen, aber nicht, weil gegen eine Volksbefragung bin, sondern weil beide genannten Situationen keine Zustimmung zulassen.

Vbgm. Bäck:

Ich habe es schon im Eingangsstatement schon gesagt. Ich bin gegen eine Umwidmung in St. Isidor

und wir haben im vorhergehenden Beschluss festgehalten, dass, sollte das aus irgendwelchen Gründen in der Gemeinde aufschlagen, dann wird es natürlich eine Volksbefragung geben müssen. Aber wenn nichts am Tisch liegt, haben wir am 16. September eine Volksbefragung zu machen und wissen eigentlich nicht klar, was wir den Bürgern zur Abstimmung bringen lassen. Darum bin ich dagegen, aber ich deponiere genau wie alle anderen hier, dass wir gegen die Verbauung der Gründe in St. Isidor sind und eine Volksbefragung ist auch mit Kosten zu verbinden. Eine Demokratie darf was kosten, das ist klar, aber wenn wir eine machen, muss klar am Tisch sein, was die Bevölkerung abstimmen soll.

GRE Mag. Höglinger:

Neben dem, was von STAD Mag. Bindeus zur Frage gesagt wurde, und von StR Ing. Hametner und Vbgm. Bäck inhaltlich, haben wir den Dringlichkeitsantrag eingebracht, weil wir wollen, dass die Stadt und ihre Bürger diese Fläche nutzen können. Wir wollen und glauben als SPÖ, dass Politik gestalten heißt. Wir unterstützen selbstverständlich Elemente der direkten Demokratie, wir haben nicht zuletzt in Leonding den Bürgerbeteiligungsausschuss und Bürgerbeteiligungsprojekte eingeführt und gefördert, wir glauben aber auch, dass eine Volksbefragung eine klare Frage braucht. Wenn es ein Projekt gibt, dann sehen wir den Sinn einer Volksbefragung. Jetzt die Bürgerinnen und Bürger über die Frage abstimmen zu lassen heißt, über etwas was de facto im Gemeinderat nicht Thema ist, abstimmen zu lassen. Mehr oder weniger ohne Ergebnis, das hieße auch, Gestaltungsmöglichkeiten zu verhindern. Daher werden wir uns dem Antrag nicht anschließen.

StR Schwerer:

StR Ing. Hametner hat gesagt, dass der Antrag politisch ist, aber das sind alle Anträge im Gemeinderat. Die Flächendefinition im Antrag haben wir aus dem Amtsbericht aus dem Rathaus übernommen, das sollt daher relativ genau definiert sein.

STAD Mag. Bindeus:

Das kann nur die Textierung sein, bevor die Verordnung im November erlassen wurde. Daher ist es aus meiner Sicht zu präzisieren, wenn man das machen möchte.

GR Dr. Quass:

Für mich kommt unter der Berücksichtigung der Verkehrssituation eine Umwidmung nicht in Frage. Das kann ich auch für die ÖVP mit Nachdruck erklären. Wenn ich jetzt noch die Ausführungen des Herrn Stadtamtsdirektor zur Kenntnis nehmen muss, der mit der formalistischen Frage bestens vertraut ist, können wir diesem Antrag in dieser Form nicht zustimmen.

GR Katstaller:

Muss es so weit detailliert sein, dass die einzelnen Grundstücke genannt werden, oder welche Diktion ist die richtige?

STAD Mag. Bindeus:

Aus meiner Sicht ist es eindeutig, wenn die Grundstücksnummern, um welche es geht, in der Fragestellung angeführt werden.

GR Katstaller:

Schade, dass jetzt die abweisenden Kommentare gekommen sind. Wir nehmen das zur Kenntnis und werden uns das für später aufheben.

GR Mag. Prammer.

Wenn man jetzt sagt, die Fragestellung würde nicht passen, dann ist das eine sehr leichter Ausweg, um zu sagen, diesem Antrag kann man nicht zustimmen. Die Fragestellung muss für die Bevölkerung verständlich sein. Jetzt Frage ich ernsthaft, ist es für die Bevölkerung verständlich, wenn man die Grundstücksnummern dazuschreibt, oder ist es verständlich, wenn man fragt, ob der Grünzug

zwischen diesen Gebieten Grünland bleiben soll. Das ist das eigentliche Kriterium, das für die Verständlichkeit der Frage ausschlaggebend ist. Was versteht die Bevölkerung, kann die Bevölkerung diese Frage entscheiden, kann die Bevölkerung genügend wissen haben, um eine Entscheidung mit ja oder nein zu treffen. Das ist mit dieser Fragestellung gegeben, wir haben uns die Fragestellung sehr gut überlegt und deshalb auch die Definition aus der Formulierung des Amtes gewählt, die, so nehme ich an, auch schon gut überlegt wurde. Und das zu einem Zeitpunkt, als die Fläche noch nicht festgestanden ist. Wir haben auch überlegt, die Flächen hineinzuschreiben, aber auf Grund des Kriteriums der Verständlichkeit für die befragte Bevölkerung haben wir uns für diese Formulierung entschieden. Es ist natürlich mit einem Änderungsantrag auch möglich, die Flächen mit hinein zu nehmen, wir sind aber auch sicher, dass die Frage auch so klar formuliert ist. Jeder sagt, wir sind natürlich gegen eine Umwidmung, wir halten uns natürlich an das Ergebnis einer Volksbefragung, aber niemand will es machen. Niemand macht einen Beschluss, dass für die nächsten soundso vielen Jahre dort nicht umgewidmet wird. Solchen Antrag könnte man auch einbringen, wir würden ihn unterstützen. Niemand sagt wir machen diese Volksbefragung, ich kann mich leicht an ein Ergebnis halten, wenn ich nicht frage. Jetzt sich auf Formalien zurückzuziehen und zu sagen, da können wir leider nicht mit, ihr habt die Frage falsch gestellt, ist so billig, das bin ich eigentlich von diesem Gremium und von den handelnden Personen nicht gewöhnt.

GRE DI Brunner:

Zum Thema politisch, ja jeder Antrag ist politisch. Ich traue mich zu korrigieren, dieser Antrag ist populistisch und reiner Wahlkampf. Wenn die Bürgerinitiative den Antrag stellt und der Antrag von Bürgern kommt, ja, dann kann man über so ungenaue Definitionen drüber schauen, wenn es aber von einer politischen Partei kommt, die sich um das Bürgermeisteramt bewirbt, kann man schon davon ausgehen, dass die Begrifflichkeiten passen. Ein Bürgermeister muss Verordnungen auslegen, und dabei geht es um jedes Wort. Ich bin nur Ersatzgemeinderat, bin daher nicht bei allen Sitzungen dabei, daher lese ich sehr genau die Protokolle durch. Es wird immer über diesen Grünzug in St. Isidor gesprochen, ich möchte allerdings in Erinnerung rufen, dass wir im Planungsausschuss, wo ich ordentliche Mitglied bin, am 08. Mai vor der Frage gestanden sind, welche Flächen sollen denn aus der regionalen Grünzone herausgenommen werden. Da sind seitens des Amtes acht Flächen vorgeschlagen worden, diese acht Flächen sind bekannt, unter anderem eine sehr große Fläche zwischen dem Sportplatz Doppl und dem UNO-shopping. Diese acht Flächen zusammen ergaben eine Größe von 24 Hektar. 24 Hektar, wo der Planungsausschuss einstimmig gesagt hat, ja die acht Flächen sollen aus der regionalen Grünzone herausgenommen werden. Ich sage deshalb einstimmig, weil auch der Obmannstellvertreter der Bürgerinitiative Rudi Pichler dem zugestimmt hat. Drei Wochen später war die Geschichte am 29.05. im Gemeinderat, wo die Fragestellung auch gelautet hat, welche Flächen man aus der regionalen Grünzone herausnehmen soll. Es waren wieder diese acht Flächen im Ausmaß von 24 Hektar, das sind etwa 70 bis 80% der Fläche, um die es in St. Isidor geht. Es ist derselbe Grünzug und derselbe Belüftungskorridor. Ich habe angenommen, im Gemeinderat wird es einen großen Aufschrei der Grünen geben, denn es war genügend Zeit, sich mit der Sache zu beschäftigen und es war kein Dringlichkeitsantrag. Nichts ist passiert, die Grünen haben zugestimmt, sowohl StR Schwerer, als auch GR Katstaller, GR Mag. Prammer und Rudi Pichler haben zugestimmt. Dann habe ich mir gedacht, jetzt wird es richtig rund gehen, den ganzen Sommer über ist nichts passiert. Das wundert mich, es ist dieselbe Grünzone, jetzt frage ich mich, ist der Grünzug in Doppl nicht so schützenswert, oder sind die Doppler nicht so schützenswert. Ich glaube es hat Privatinteressen gegeben, aber ich weiß es nicht. Wir alle im Gemeinderat haben gesagt, diese acht Flächen sollen aus der regionalen Grünzone herausgenommen werden, da kann sich keiner drücken. Das Land Oberösterreich hat dann gesagt nein, diese 8 Flächen bekommt ihr nicht, ihr bekommt nur zwei davon, aber dafür bekommt ihr das in St. Isidor, wenn ihr wollt. Mit dieser Sache ist der damalige Bürgermeister in den Stadtrat gekommen, wo, so glaube ich, alle informiert wurden. Dann ist die Sache als Dringlichkeitsantrag in den Gemeinderat gekommen, wo der Bürgermeister gesagt hat, wir bekommen die 8 Flächen nicht, dafür steht die Fläche bei St. Isidor im Raum, er hat auch gesagt, dass das einigen von den 37 Mandatären Schwierigkeiten macht und es kein Problem ist, über die 8 Flächen und die zusätzliche Fläche in St. Isidor getrennt abstimmen. GR Mag. Prammer hat gesagt, dass es wichtig ist, dass zumindest eine Stellungnahme Leondings deponiert wird, eine getrennte Abstimmung wird für die Einstimmigkeit nicht notwendig sein. Ergo haben am 18.10. 34 Gemeinderäte gesagt, ja wir wollen, dass diese Fläche in St. Isidor plus diese 8 Flächen, die dann ohnehin



nicht gekommen sind, aus der regionalen Grünzone herausgenommen werden. Davon kann sich niemand drücken, StR Schwerer und GR Mag. Prammer haben zugestimmt, wer hinausgegangen ist, wissen wir. Jetzt kann man sagen, das ist ein Zeichen des Protestes, aber wenn mir die Hand entgegengestreckt wird, dass ich meine Meinung sage, dann sollte ich sie ergreifen, wenn der richtige Zeitpunkt dafür ist. Dann ist es losgegangen, dann hieß es: der Leondinger Grünzug in größter Gefahr. Im Internet finde ich auf Sven2019: „In der am schnellsten wachsenden Stadt dieser Größe in Österreich versteht es sich von selbst, dass überregionale Grünzüge strengstens geschützt werden müssen. Wir haben das durch Anträge im Gemeinderat schon versucht, es wurde leider noch nicht angenommen.“ Jetzt kenne ich mich nicht mehr aus, erst wird zugestimmt, dass die Fläche in Isidor herausgenommen wird, aber jetzt stellt man sich als Retter des Grünzuges dar. Das ist dreist, es ist eine sehr interessante Verdrehung der Tatsachen, es gibt auch andere Worte dafür. Das ist das, was wir unter politischer Vereinnahmung der Bürgerinitiative verstehen. Was die Bürgerinitiative macht ist gut, das sage ich ehrlich. Ich selbst habe 2014 selbst ein Bürgerbeteiligungsverfahren gegen den Ausbau der Firma Banner geführt, ich weiß wovon ich spreche. Die Bürgerinitiative soll ihr Ding durchziehen, ihr bekommt die notwendigen Unterschriften, es wird euch hier im Gemeinderat keiner irgendwelche Steine in den Weg legen. Aber ihr braucht keinen Gemeinderat dazu, ihr braucht keinen Grünen dafür. Die Volksbefragung ist ein Element der direkten Demokratie und soll vom Volks ausgehen. Meine persönliche Meinung ist, überlegt euch gut, von wem ihr euch vereinnahmen lasst und überlegt euch gut, wer eure Menschen in der ersten Reihe sind.

GR Mag. Prammer:

Richtigstellungen zu den richtigen Punkten sind jetzt notwendig. Die Überregionalen Raumordnungskonzepte werden üblicherweise alle 10 Jahre überarbeitet. Jetzt wurde es vorzeitig von Land vorgekommen, und zwar aus zwei Gründen, wie wir mittlerweile wissen. Es gibt zwei konkrete Projekte, wegen welchen vorzeitig die Änderung gekommen ist. Eines kennen wir alle, das ist das Stadion in Pichling. Das zweite ist, weil es sich gut angeboten hat, St. Isidor. Diese Information ist nicht weitergegeben worden. Pichling war die Lichtbombe, dass St. Isidor mitschwimmt, ist im stillen Kämmerlein passiert. Wie es zu den Stellungnahmen der Gemeinden kommt, ist auch kein Geheimnis, es ist ganz normal, dass das im Planungsausschuss beraten wird. Es ist ein Nachteil, wenn man das nur im Protokoll liest, aber wie diese Sitzung sich gestaltet hat, werden die meisten hier wissen. Es ist in der Sitzung sehr wohl so, dass man gerne einzelne Flächen empfehlen hätte oder nicht. Das ist nicht ermöglicht worden.

Dr.<sup>in</sup> Sabine Naderer-Jelinek:

Da möchte ich einhaken, es stimmt nicht, dass es nicht ermöglicht worden ist. Es hat eine Sitzungsunterbrechung gegeben und nach dieser haben wir gemeinsam gesagt, wir stimmen so ab, wie es war.

GR Mag. Prammer:

Es hat geheißen, das kann man nicht machen, euer Mitglied hat im Planungsausschuss mitgestimmt, das ist unmöglich und es muss ein Gesamtpaket sein. Jetzt zu sagen, man hat das als Gesamtpaket abgestimmt, ist nicht ganz richtig. Es sind einige Flächen dabei, wo man sagt, ok. Es hat auch geheißen, das können wir ruhig empfehlen, das bekommen wir ohnehin nicht durch. Das waren meistens die Flächen, wo wir gesagt haben, das wollen wir nicht. Das muss man auch sagen, weil nicht immer alle Personen dabei sind. So ist es zu der ersten Beschlussfassung gekommen. Das haben wir auch so abgestimmt, weil es im Interesse der Stadt ist, mit einer Stimme zu sprechen. Es war natürlich so, dass der Bürgermeister gesagt hat, wir können getrennt abstimmen. Da war die Frage, warum kommt plötzlich überraschend diese riesengroße Fläche dazu. Da war natürlich die Überlegung, wir wollen wissen, worum es hier geht. Ich habe es genau so gesagt, wie es im Protokoll steht, es ist wichtig, dass die Stadt dabei ist und dass die Position der Stadt gehört wird, dass die Stadt mit am Tisch sitzt. Das ist der Grund, warum wir diese Entscheidung mitgetragen haben. Es war uns wichtig, in Gespräche eingebunden zu sein und bei Gesprächen dabei zu sein. Es war klar, dass etwas im Busch ist. Was das ist, ist kurz nach der Sitzung herausgekommen. Zu diesem Zeitpunkt hat man gesagt, das Land macht das ohnehin, wir haben keine Chance, egal ob wir es wollen oder nicht. Das war jedem klar, Wichtig ist, dass man erfährt, was wird geplant, was ist im



Busch. Dass man die Widmung einer Fläche als Gemeinde selbst in der Hand hat, war auch zum Zeitpunkt der Abstimmung klar. Die Herausnahme einer Fläche aus dem überregionalen Grünzug bedeutet, es besteht die Möglichkeit zur Umwidmung, die Gemeinde hat aber immer, zu jedem Zeitpunkt in der Hand, wo eine Umwidmung feststeht. Wir wollten ein klares Bekenntnis der Gemeinde Leonding dazu, dass keine Umwidmung dieser Flächen erfolgen wird. Da hat niemand von den anderen Parteien gesagt, ja das wollen wir auch. Deshalb ist keine dieser Aussagen, die jetzt zitiert werden, in irgendeiner Form unrichtig, in irgendeiner Form im Widerspruch zu irgendeinem Verhalten. Das ist vom Anfang an eine klare Linie.

Zur Vereinnahmung ist zu sagen, dass wir sicher niemandem vereinnahmen wollen, diese Menschen, die Aufstehen und hierher kommen und unterschrieben haben, die lassen sich auch von niemandem vereinnahmen. Wieso sollten sie das tun, das sind alles mündige Bürger. Die lassen sich von uns schon gar nicht vereinnahmen, denn wer sind wir fünf in diesem großen Gremium. Wir können eine Umwidmung weder verhindern, noch betreiben. Wir sind fünf Stimmen von 37, die sind viel mehr, die können das. Sie brauchen uns nicht dazu. Wir brauchen sie aber auch nicht, um uns irgendwelche Anträge diktieren zu lassen. Deshalb haben wir diesen Antrag, natürlich in Abstimmung eingebracht, aber es ist nicht so, dass die Bürgerinitiative nicht auch andere Parteien gefragt hätte, ob sie ihn unterstützen wollen, eventuell auch von mehreren Parteien gemeinsam. Das war aber nicht so, keine andere Partei hat sich bereit erklärt, den Antrag einzubringen. Sie hätten den schwierigen und steinigen Weg nehmen müssen, selbst einen Antrag zu formulieren, ihn beim Gemeindeamt einzubringen und zu hoffen, dass die nötigen Unterschriften zusammen kommen. Wir haben ihnen geholfen, wir machen das jetzt, weil jetzt der Zeitpunkt ist, wo es plötzlich heißt, wir wollen eh alle. Wenn eh alle wollen, ist jetzt der Zeitpunkt ja zu sagen.

GR Mag. Steinkellner:

Ich war vorhin schon überzeugt, gegen diesen Antrag zu stimmen. Ich bin aber jetzt nach der Wortmeldung der Kollegin zutiefst überzeugt. Ich verstehe ihr Anliegen, sie wollen dort das Grünland erhalten. Ich unterstütze sie dabei. Angenommen wir hätten jetzt die Diskussion über eine Industrieumwidmung in der Ortschaft Reith und wir lassen ganz Leonding darüber abstimmen, wäre das nicht fair. Wenn wir Widmungsfragen zu klären haben, haben wir dieser Verantwortung gerecht zu werden und einen Ausgleich zu suchen und zwar nicht über Volksentscheid, denn wir haben überall Grünzonen, welche in gleicher Wertigkeit erhaltens- und schützenswert sind. Ich bitte hier um Verständnis, eine Volksbefragung bringt genau so wenig Sicherheit, weil es derzeit keine rechtliche Sicherheit gibt. Wir sagen ja, wir widmen ohnehin nicht um. Uns stellt sich die Frage, wie wir Leonding weiter entwickeln, aber nicht dort, weil es verkehrsmäßig nicht geht. Wir müssen schon überlegen, wo wir unsere jungen Familien ansiedeln. Ich bitte nicht über das Grünland in einzelnen Ortsteilen abzustimmen, wir sind uns als Gemeinderat der Verantwortung für ganz Leonding bewusst. Ich bedaure diesen Antrag der Grünen, weil eine Volksbefragung nicht mehr Sicherheit gibt. Ich bin zwar ein Anhänger der direkten Demokratie a la Schweiz, das ist aber der falsche Weg.

GR Oismüller:

Die Bürgerinitiative hat mehr als 2000 Unterschriften gesammelt, hat daher mehr als notwendig sind, um eine Volksbefragung einzuleiten, es wäre daher nicht nötig gewesen, auf eine Partei zuzugehen. Mich hat GR Katstaller damals als Vertreter einer Bürgerinitiative angerufen und gefragt, ob ich bereit wäre, so einen Antrag mitzutragen, was ich selbstverständlich zugesagt habe. Daher verwirrt es mich, dass ich hören muss, keine Partei war bereit, das mitzutragen. Es ist sicherlich Wahlkampfgeplänkel, wir bleiben aber bei unserer Position, dem Antrag trotz der Grünen zuzustimmen, weil es die Idee der Bürgerinitiative ist.

GR Katstaller:

Ich sehe in dem Antrag trotzdem einen Erfolg, denn schlussendlich haben sich alle artikuliert, dass sie nicht umwidmen wollen. Was Anderes wollen wir ja auch nicht.

StR Schwerer:

Wir haben damals im Gemeinderat über eine Stellungnahme an das Land abgestimmt, die ohnehin

schon beschlossen war. Wir haben am nächsten Tag unsere Experten und Expertinnen im Landtag und bei den Grünen Oberösterreich angerufen und beraten. In der letzten Gemeinderatssitzung haben wir daher einen Antrag gestellt, um die Grünzüge mit qualifizierter Mehrheit abzusichern. Es gab ein paar Wortmeldungen zur direkten Demokratie und ich bin der Meinung, die darf auch ein wenig kosten.

## Beschluss

GR                      **Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Die Antragsempfehlung wird mit Stimmenmehrheit – durch Erheben der Hand – abgelehnt.

Ja:	7
Nein:	30
Enthaltung:	0

Ja:                      StR Schwerer, GR Katstaller, GR Mag. Prammer, GR Linemayr, GR Eberdorfer, GR Oismüller, GRE DI L. Dorn-Fussenegger

Nein:                      Vbgm. Dr. Naderer-Jelinek, StR Stangl, StR Ing. Gschwendtner, GR Dorl, GR Lutz, GR Mag. Dr. Stipanitz, GR Goldgruber, GR Asanger, GR Mag. Kronsteiner, GRE Mag. Mader BSc, GRE DI Brunner, GRE Mag. Höglinger, GRE Schneeberger, Vbgm. Mag. Täubel, StR Ing. Hametner, GR Mag. Steinkellner, GR Gattringer, GR Tagwerker, GR Gruber, GR Möstl, GRE Römer, GRE Ulrich, Vbgm. Bäck, StR Neidl MBA, GR Ing. Mag. Velechovsky, GR Dr. Quass, GR Ing. Landvoigt, GR Ing. Luger, GRE Panholzer, GR Hölzl

Enthaltung:

### TOP 2                      **Wahlen in Ausschüsse des Gemeinderates und in Ausschüsse außerhalb der Gemeinde**

Vbgm. Dr. Naderer-Jelinek::

Durch den Verzicht von BGM a.D. Mag. Walter Brunner auf sein Mandat als Mitglied und Ersatzmitglied des Gemeinderates der Stadt Leonding sind Nachwahlen in Ausschüsse des Gemeinderates und in Ausschüsse außerhalb der Gemeinde notwendig.

Die Nachwahlen sind Fraktionswahlen und einzeln sowie geheim durchzuführen, es sei denn, der Gemeinderat beschließt einstimmig eine andere Vorgangsweise.

Im schriftlichen Wahlvorschlag der Gemeinderatsfraktion der SPÖ, der dem Protokoll beiliegt, wurden für die Nachwahlen folgende Mandatare namhaft gemacht:

#### **Personalbeirat nach dem OÖ. Gemeindebedienstetengesetz**

Mitglied u. Vorsitzende                      Dr. Sabine Naderer-Jelinek

Ersatzmitglied Karl Rainer

#### **Personalbeirat nach dem OÖ. Personalvertretungsgesetz**

Mitglied u. Vorsitzende                      Dr. Sabine Naderer-Jelinek

Ersatzmitglied Karl Rainer

#### **Vertreter in der Verbandsversammlung des Sozialhilfeverbandes Linz-Land**

Vertreter                      Mag. Harald Kronsteiner

#### **Vertreter in der Verbandsversammlung des Bezirksabfallverbandes Linz-Land**

Vertreter                      Dr. Sabine Naderer-Jelinek

Der Wahlvorschlag ist von der notwendigen Anzahl von Gemeinderatsmitgliedern der SPÖ unterfertigt und somit als gültig anzusehen.

Um den Wahlvorgang zu verkürzen, stelle ich den Antrag, die vorliegenden Wahlvorschläge zu einem einzigen zusammenzuziehen und die Fraktionswahl offen durch Erheben der Hand durchzuführen.

### **Beschluss**

**GR**                      **Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Der Antrag von VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek wird einstimmig angenommen.

### **Beschluss**

**GR**                      **Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Die Nachwahlen werden einstimmig – durch Erheben der Hand – durch Fraktionswahl beschlossen.

Über Antrag von Vbgm. Bäck beschließt der Gemeinderat einstimmig – durch Erheben der Hand – auf die Verlesung der Amtsberichte mit Ausnahme der Antragsempfehlung zu den Tagesordnungspunkten 3 bis 20 zu verzichten.

## **TOP 3            Durchführung des sozialpädagogischen Sommerprojektes 2019**

### **Amtsbericht**

#### **Sachverhalt:**

Für die Organisation und Durchführung des Leondinger Sommerprojektes 2019 sollen - so wie bereits in den vergangenen Jahren - wieder das Jugendzentrum Leoni, das Jugendzentrum Plateau, Streetwork Leonding und das Jugendcafe Leonding beauftragt werden. Die Projektwochen sind für Juni und Juli 2019 geplant. Es sollen wie bereits im letzten Jahr wieder verschiedene Workshops, punktuelle Veranstaltungen im Freibad, Aktivitäten der einzelnen Jugendzentren, das Fußballturnier beim Juz Plateau und 2-3 Ausflüge veranstaltet werden. Das Fußballturnier soll auch für das Jugendprojekt Dein (Leon) Ding herangezogen werden. D.h. für die Mithilfe beim Fußballturnier gibt es Punkte.

Die Projektkosten für das Sommerprojekt belaufen sich auf max. € 4.900,00.

In den letzten Jahren wurde das Sommerprojekt zur Gänze von der OÖ Landesregierung subventioniert. Laut Schreiben der Oö Landesregierung vom 9. November 2017 wird das Sommerprojekt seit 2018 nicht mehr subventioniert.

#### **Finanzierung:**

Die Bedeckung der Ausgaben für das Sommerprojekt 2019 ist auf der VOP 1/439/7287 in der Höhe von € 4.900,00 gegeben.

#### **Anlagen:**

### Antragsempfehlung

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Bildung wolle über die Organisation und Durchführung des Sommerprojektes 2019 beraten und eine Empfehlung an den Gemeinderat abgeben.

Für den Bürgermeister  
Die 1. Vizebürgermeisterin Dr.<sup>in</sup> Sabine Naderer-Jelinek

### Beratungsergebnis

**JUG**                      **Sitzungsdatum: 13.03.2019**

Über Antrag von VBGM Dr. Naderer-Jelinek wurde im Ausschuss für Jugend, Familie und Bildung am 13.03.2019 dem Gemeinderat – durch Erheben der Hand – empfohlen.  
Dem Protokoll werden die einzelnen Veranstaltungstermine beigelegt.

**Der Gemeinderat beschließt:**

Das sozialpädagogische Sommerprojekt 2019 soll durchgeführt werden und die Ausgaben mit max. € 4.900,- gefördert.

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek erläutert die Angelegenheit und stellt den **Antrag**, die vorliegende Antragsempfehlung zu beschließen.

### Beschluss

**GR**                      **Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Die Antragsempfehlung wird einstimmig – durch Erheben der Hand - beschlossen.

StR Stangl, GR Mag. Kronsteiner, StR Ing. Hametner, GR Mag. Steinkellner, GR Tagwerker, GR Ing. Mag. Velechovsky, GR Hölzl, StR Schwerer und GR Oismüller sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

### TOP 4                      Jugendförderung - Vergabe der ordentlichen Subvention für das Finanzjahr 2019

#### Amtsbericht

**Sachverhalt:**

Die Leondinger Jugendvereine ersuchen um Gewährung einer ordentlichen Subvention zur Aufrechterhaltung des Vereinsbetriebes und Unterstützung der jährlichen Aktivitäten für Jugendliche.

Folgende Subventionsansuchen gingen für das Jahr 2019 ein:

Organisation	Subv. 2018 erhalten	Subv. 2019 beantragt
Kinderfreunde Leonding	€ 1.700	€ 1.800
PfadfinderInnen	€ 1.150	€ 3.491,80
Jugendrotkreuz	€ 600	€ 600
Kinderfreunde Doppl	€ 500	Kein Ansuchen
Pfarre St. Margarethen	€ 350	€ 350
Pfarre Hart	€ 350	€ 350
Pfarre Leonding	€ 500	€ 800

JUZ Plateau	€ 22.000	€ 30.100
Landjugend	€ 200	€ 400
EI-LI-SCHO	€ 2.000	€ 4.000
Chorgemeinschaft	€ 500	Kein Ansuchen
Feuerwehr Jugend Rufing	€ 450	€ 700
<b>Summe inkl. Kreditübertr.</b>	<b>€ 30.300</b>	<b>€ 42.591,80</b>

Da es beim Roten Kreuz Leonding einen Personalwechsel in der Leitung gegeben hat, wurde das Ansuchen verspätet eingebracht.

#### Finanzierung:

Im Voranschlag der Stadtgemeinde Leonding sind für das Finanzjahr 2019 auf der VOP 1/439/757 an ordentlichen Jugendsubventionen für Jugendorganisationen € 33.700,00 veranschlagt.

#### Anlagen:

Ansuchen Kinderfreunde Leonding  
 Ansuchen PfadfinderInnen  
 Ansuchen Pfarre St. Margarethen  
 Ansuchen Pfarre Hart  
 Ansuchen Pfarre Leonding  
 Ansuchen JUZ Plateau  
 Ansuchen Landjugend  
 Ansuchen EI-LI-SCHO  
 Ansuchen Feuerwehr Jugend Rufing  
 Ansuchen Rotes Kreuz Leonding

#### Antragsempfehlung

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Bildung wolle über die Subventionsvergaben beraten und eine Empfehlung an den Stadt- bzw. Gemeinderat abgeben.

Für den Bürgermeister:  
 Die 1.Vizebürgermeisterin  
 Dr.<sup>in</sup> Sabine Naderer Jelinek

#### JUG

**Sitzungsdatum: 13.03.2019**

Über Antrag von VBG Dr. Naderer-Jelinek wurde im Ausschuss für Jugend, Familie und Bildung am 13.03.2019 dem Gemeinderat – durch Erheben der Hand – empfohlen, dem JUZ Plateau eine ordentliche Subvention in der Höhe von € 30.100,-- und der Faschingsgilde EI-LI-SCHO eine ordentliche Subvention in der Höhe von € 2.200,-- zu gewähren. Die Bedeckung ist vorbehaltlich der Genehmigung einer Kreditübertragung gegeben.

#### Der Gemeinderat beschließt:

1) Folgenden Vereinen wird eine ordentliche Subvention gewährt:

JUZ Plateau	€ 30.100,00
<u>EI-LI-SCHO</u>	<u>€ 2.200,00</u>
<b>Gesamt</b>	<b>€ 32.300,00</b>

2) Der Kreditübertragung in der Höhe von € 4.600,00 von der VOP 1/439/7571 (Außerordentl. Jugendsubventionen auf die VOP 1/439/757 (Ordentliche Jugendsubventionen) wird zugestimmt.

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek erläutert die Angelegenheit und stellt den **Antrag**, die vorliegende Antragsempfehlung zu beschließen.

## Beschluss

**GR**                      **Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Die Antragsempfehlung wird einstimmig – durch Erheben der Hand - beschlossen.

StR Stangl, GR Mag. Kronsteiner, StR Ing. Hametner, GR Mag. Steinkellner, GR Tagwerker, GR Ing. Mag. Velechovsky, GR Hölzl, StR Schwerer und GR Oismüller sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

### **TOP 5      Volkshochschule Leonding - Gewährung einer Subvention**

#### Amtsbericht

#### **Sachverhalt:**

Die Volkshochschule Leonding ersucht mit Schreiben vom 13. August 2018 um Gewährung einer Subvention zur Abdeckung der Fixkosten für den laufenden Betrieb bzw. der Kosten für Kursmaterialien in der Höhe von € 7.000,00.

Im Vorjahr wurde eine ordentliche Subvention in der Höhe von € 6.000,00 gewährt.

#### **Finanzierung:**

Im Voranschlag 2019 wurde auf der VOP 1/279/757 (Erwachsenenbildung – lfd. Transferzahlungen an priv. Organisationen ohne Erwerbszweck) ein Betrag in der Höhe von € 6.600,00 veranschlagt.

#### **Anlagen:**

Ansuchen\_VHS Leonding

#### Antragsempfehlung

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Bildung wolle über eine eventuelle Subventionsvergabe insbesondere einer Erhöhung gegenüber dem Vorjahr an die VHS Leonding beraten und eine Empfehlung an den Gemeinderat abgeben.

Für den Bürgermeister:  
Die 1. Vizebürgermeisterin Dr.<sup>in</sup> Sabine Naderer-Jelinek

## Beratungsergebnis

**JUG**                      **Sitzungsdatum: 13.03.2019**

Über Antrag von VBGM Dr. Naderer-Jelinek wurde im Ausschuss für Jugend, Familie und Bildung am 13.03.2019 dem Gemeinderat – durch Erheben der Hand – empfohlen.

#### **Der Gemeinderat beschließt:**

Der VHS Leonding wird eine Subvention in der Höhe von € 6.600,-- gewährt.

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek erläutert die Angelegenheit und stellt den **Antrag**, die vorliegende Antragsempfehlung zu beschließen.

## Beschluss

GR                      **Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Die Antragsempfehlung wird einstimmig – durch Erheben der Hand - beschlossen.

StR Stangl, GR Mag. Kronsteiner, StR Ing. Hametner, GR Mag. Steinkellner, GR Tagwerker, GR Ing. Mag. Velechovsky, GR Hölzl, StR Schwerer und GR Oismüller sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

### TOP 6                      **Institut Interkulturelle Pädagogik – Integrations- und Fördermaßnahmen für Schulkinder und deren Mütter; Kostenbeteiligung**

#### Amtsbericht

#### **Sachverhalt:**

Seit dem Schuljahr 2009/10 werden in Leonding Sprachförderkurse für Kinder mit nichtdeutscher Muttersprache in einzelnen Leondinger Schulen sowie Sprachcamps angeboten. Die Stadt Leonding unterstützt seither diese Kurse mit 60% der Gesamtkosten, 40% werden vom LandOÖ finanziert. Bei den angebotenen Sprachcamps in den Sommerferien wurde die Finanzierung zwischen der Stadt und dem Land Oö 50% zu 50% geteilt.

Mit Schreiben vom 20. November 2018 übermittelte das Institut für Interkulturelle Pädagogik einen Kostenvoranschlag für die Weiterführung nachstehender Kurse in den Leondinger Pflichtschulen für das Jahr 2019.

Kurse die im Jahr 2019 weiterhin angeboten werden sollen:

Lernförderung                      VS Haag, VS Doppl und VS Hart

Mama lernt Deutsch    NMS Doppl

Zweiwöchiges Sommersprachcamp

Sprachförderwoche    VS Doppl

Laut Angebot belaufen sich die Gesamtausgaben für die Stadt im Finanzjahr 2019 auf € 22.409,28 für die Lernförderung, einen Sprachförderkurs für Mütter und die zwei Sprachcamps. Die Mehrausgaben gegenüber dem Vorjahr ergeben sich aus der gesetzlichen Lohnerhöhung.

Im Finanzjahr 2018 betragen die Ausgaben für das Institut für Interkulturelle Pädagogik € 19.065,20. Für das Finanzjahr 2019 wurden € 20.000,00 veranschlagt. Auch in den vergangenen Jahren wurden die jeweils gewährten € 20.000,00 nie zur Gänze ausgeschöpft.

#### **Finanzierung:**

Im Voranschlag 2019 wurde auf der VOP 1/210/774 ein Betrag in der Höhe von € 20.000,00 veranschlagt.

#### **Anlagen:**

Ansuchen\_übersicht

#### Antragsempfehlung

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Bildung wolle über eine Subvention beraten und eine Empfehlung an den Gemeinderat abgeben.

Für den Bürgermeister:  
Die 1. Vizebürgermeisterin Dr.<sup>in</sup> Sabine Naderer-Jelinek



## Beratungsergebnis

**JUG**                      **Sitzungsdatum: 13.03.2019**

Über Antrag von VBGM Dr. Naderer-Jelinek wurde im Ausschuss für Jugend, Familie und Bildung am 13.03.2019 dem Gemeinderat – durch Erheben der Hand – empfohlen.

### **Der Gemeinderat beschließt:**

Dem Institut für interkulturelle Pädagogik wird eine Förderung in der Höhe von max. € 20.000,-- gewährt.

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek erläutert die Angelegenheit und stellt den **Antrag**, die vorliegende Antragsempfehlung zu beschließen.

## Beschluss

**GR**                      **Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Die Antragsempfehlung wird einstimmig – durch Erheben der Hand - beschlossen.

StR Stangl, GR Mag. Kronsteiner, StR Ing. Hametner, GR Mag. Steinkellner, GR Tagwerker, GR Ing. Mag. Velechovsky, StR Schwerer und GR Oismüller sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

## **TOP 7                      Subvention 2019 Pfarrcaritas Kindergarten St. Michael**

### Amtsbericht

#### **Sachverhalt:**

Am 13. Februar 2019 wurde seitens der Pfarre Leonding St. Michael ein Ansuchen zur Abdeckung des Abgangs 2018 in der Höhe von 36.260,54 Euro übermittelt. Weiters ersucht die Pfarre St. Michael um Übernahme des budgetierten Abgangs für das Rechnungsjahr 2019 in der Höhe von 5.247,78 Euro.

Lt. §29 (5) Allgemeine Förderungsvoraussetzungen Oö KBG idgF. haben sich Standortgemeinden, bei betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen das Unternehmen, mittels privatrechtlichem Vertrag zur Deckung des Abgangs zu verpflichten, wenn sie nicht selbst der Rechtsträger der Kinderbetreuungseinrichtung sind. Für Einrichtungen, die im Entwicklungskonzept der Gemeinde schon bisher zur Deckung des Bedarfs berücksichtigt sind, ist jedenfalls die Abgangsdeckung zu übernehmen. Die Abgangsdeckung ist mit der Höhe der durchschnittlichen, vergleichbaren Kosten gemeindeeigener Einrichtungen begrenzt. Für das Jahr 2018 beträgt die Deckelung für Abgangsabdeckungen lt. Land Oö für Kindergartengruppen 35.814 Euro / Gruppe.

Im Jahr 2018 wurden dem Pfarrcaritas Kindergarten St. Michael Subventionen in der Höhe von 42.577,94 Euro (28.106,36 Euro Subvention und 14.471,58 Euro Abgangsdeckung 2017) überwiesen. Laut Kontoauszug vom 31. Dezember 2018 beträgt der derzeitige Kontostand des Pfarrcaritas Kindergarten St. Michael -54.726,47 Euro und es ist lt. Planrechnung für das Jahr 2019 mit einem Abgang/Minus von ca. 5.247,78 Euro zu rechnen. Der Kontostand per Kontoauszug vom 7. Februar 2019 beträgt -74.151,38 Euro. Der Abgang des Betreuungsjahres 2018 (ord. negatives Ergebnis) beträgt ohne Berücksichtigung der Zahlungen Abgang 2017 (+14.471,58 Euro), Erträge (+0,71 Euro) und Zinsen (-627,47 Euro) -36.260,54 Euro (Abgang lt. Einnahmen-Ausgabenrechnung -22.415,72 Euro korrigiert um -14.471,58, - 0,71 Euro und +627,47 Euro).

#### **Finanzierung:**

Im Voranschlag 2019 der Stadtgemeinde Leonding wurde auf der VOP 1/240/757 (Lfd. Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbszweck) ein Betrag von 110.000,00 Euro für Subventionen und Abgangsdeckungen an nicht städtische Kindergärten der Stadt Leonding veranschlagt.

**Anlagen:**

Ansuchen Pfarrcaritas Kindergarten St. Michael  
Entwurf Rechnungsabschluss 2018  
Kontoauszug Bankkonto vom 30.12.2018, 6.2.2019 und 7.2.2019  
Schreiben Amt der Oö Landesregierung vom 16.5.2017  
Budgetentwurf für das Jahr 2019  
Email Zusage Land Oö  
Kontoblatt 6400, 6401 und 6405

**Antragsempfehlung**

Der Stadtrat wolle dem Gemeinderat empfehlen eine Subvention an den Pfarrcaritas Kindergarten St. Michael für das Jahr 2018 in der Höhe von 36.260,54 Euro zu genehmigen. Die Bedeckung in der Höhe von 110.000,00 Euro ist im Voranschlag 2019 unter der VOP 1/240/757 (Lfd. Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbszweck) gegeben.

Für den Bürgermeister:  
Die 1. Vizebürgermeisterin  
Dr.<sup>in</sup> Sabine Naderer Jelinek

**Beratungsergebnis**

**StR**                      **Sitzungsdatum: 19.3.2019**

Über Antrag von VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek wird dem Gemeinderat einstimmig – durch Erheben der Hand – empfohlen:

**Der Gemeinderat beschließe:**

Eine Subvention an den Pfarrcaritas Kindergarten St. Michael für das Jahr 2018 wird in der Höhe von 36.260,54 Euro genehmigt. Die Bedeckung in der Höhe von 110.000,00 Euro ist im Voranschlag 2019 unter der VOP 1/240/757 (Lfd. Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbszweck) gegeben.

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek erläutert die Angelegenheit und stellt den **Antrag**, die vorliegende Antragsempfehlung zu beschließen.

**Beschluss**

**GR**                      **Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Die Antragsempfehlung wird einstimmig – durch Erheben der Hand - beschlossen.

StR Stangl, GR Mag. Kronsteiner, StR Ing. Hametner, GR Mag. Steinkellner, GR Tagwerker, GR Ing. Mag. Velechovsky, StR Schwerer und GR Oismüller sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

**TOP 8**                      **Vergabe von Subventionen an nicht städtische Kinderbetreuungseinrichtungen**

Amtsbericht

**Sachverhalt:**

Im Voranschlag 2019 der Stadtgemeinde Leonding wurde ein Betrag von € 110.000,-- für Subventionen und Abgangsdeckungen an nicht städtische Kindergärten der Stadt Leonding veranschlagt. Um eine gerechte Aufteilung zu gewährleisten, wurde ein Sockelbetrag pro Gruppe errechnet. Der Rest der Subvention wird nach Gruppen und Öffnungszeiten der einzelnen nicht städtischen Kindergärten berechnet.

Die Aufteilung erfolgt:

Sockelbetrag = € 25.500,--	geteilt durch die Anzahl der Gruppen (3) der Kindergärten, ergibt einen Betrag von € 8.500,-- pro Gruppe
Restbetrag = € 14.500,--	geteilt durch die Öffnungszeiten pro Tag mal den Gruppen – 23,5 Std. ergibt einen Betrag von € 617,02 pro Öffnungsstunde

<b><u>Caritaskindergarten Leonding:</u></b>	tgl. 07.00 - 16.00 Uhr = 9 Std.
Sockelbetrag á € 8.500,-- x 2 Gruppen =	€ 17.000,00
Öffnungszeiten 9 Std. x 2 Gruppen = 18 Std. x € 617,02 =	<u>€ 11.106,36</u> <b>€ 28.106,36</b>

<b><u>Kindergarten Elterninitiative Kindertreffpunkt:</u></b>	tgl. 07.30 - 13.00 Uhr = 5,5 Std.
Sockelbetrag á € 8.500,-- x 1 Gruppe =	€ 8.500,00
Öffnungszeiten 5,5 Std. x 1 Gruppen = 5,5 Std. x € 617,02 =	<u>€ 3.393,61</u> <b>€ 11.893,61</b>

---

**Finanzierung:**

Die Auszahlung des 1. Teilbetrags erfolgt im April 2019. Der 2. Teilbetrag wird vorbehaltlich einer eventuellen Abgangsabdeckung im Oktober 2019 ausbezahlt. Die Bedeckung ist im Voranschlag 2019 unter VOP 1/240/757 (Kindergärten Lfd. Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbszweck) in der Höhe von € 110.000 gegeben.

**Anlagen:**

Antragsempfehlung

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Bildung wolle über folgende Subventionen an nicht städtische Kindergärten 2019 beraten:

<b>Betrieb</b>	<b>April 2019</b>	<b>Oktober 2019</b>
Caritaskindergarten St. Michael (2gruppig)	€ 14.053,18	€ 14.053,18
Kindergarten Elterninitiative Kindertreffpunkt (1gruppig)	€ 5.946,81	€ 5.946,81
<b>Summe:</b>	<b>€ 19.999,99</b>	<b>€ 19.999,99</b>

Die Bedeckung in der Höhe von € 110.000 ist im Voranschlag 2019 unter VOP 1/240/757 (Kindergärten Lfd. Transferzahlungen an private Organisationen ohne Erwerbszweck) gegeben.

Für den Bürgermeister:  
Die 1. Vizebürgermeisterin Dr.<sup>in</sup> Sabine Naderer-Jelinek

## Beratungsergebnis

**JUG**                      **Sitzungsdatum: 13.03.2019**

Über Antrag von VBGM Dr. Naderer-Jelinek wurde im Ausschuss für Jugend, Familie und Bildung am 13.03.2019 dem Gemeinderat – durch Erheben der Hand – empfohlen.

### Der Gemeinderat beschließe:

Folgende Subventionen werden an nicht städtische Kindergärten im Jahr 2019 gewährt.

Betrieb	April 2019	Oktober 2019
Caritaskindergarten St. Michael (2gruppig)	€ 14.053,18	€ 14.053,18
Kindergarten Elterninitiative Kindertreffpunkt (1gruppig)	€ 5.946,81	€ 5.946,81
<b>Summe:</b>	<b>€ 19.999,99</b>	<b>€ 19.999,99</b>

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek erläutert die Angelegenheit und stellt den **Antrag**, die vorliegende Antragsempfehlung zu beschließen.

## Beschluss

**GR**                      **Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Die Antragsempfehlung wird einstimmig – durch Erheben der Hand - beschlossen.

StR Stangl, GR Mag. Kronsteiner, StR Ing. Hametner, GR Mag. Steinkellner, GR Tagwerker, GR Ing. Mag. Velechovsky und StR Schwerer sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

**TOP 9**                      **Ldg. Pflichtschulen - Gewährung von Zuschüssen f. Schulprojekte - Kreditübertragung**

### Amtsbericht

#### Sachverhalt:

Der Ausschuss für Jugend, Familie und Bildung hat in seiner Sitzung am 13. März 2019 einstimmig empfohlen für die Bedeckung der Ansuchen um Zuschüsse für Schulprojekte der Leondinger Pflichtschulen nachstehende Kreditübertragung durchzuführen:

Kreditübertragung von der VOP 1/439/7571 (Außerordentl. Jugendsubventionen) auf die VOP 1/210/7681 (Allgemeine Pflichtschulen – Zuwendung ohne Gegenleistung) in der Höhe von € 900,00.

### Antragsempfehlung

Der Gemeinderat beschließe:

Für die Bedeckung der Ansuchen um Zuschüsse für Schulprojekte wird nachstehende Kreditübertragung genehmigt:

Kreditübertragung von der VOP 1/439/7571 (Außerordentl. Jugendsubventionen) auf die VOP 1/210/7681 (Allgemeine Pflichtschulen – Zuwendung ohne Gegenleistung) in der Höhe von

€ 900,00.

Für den Bürgermeister:  
Die 1. Vizebürgermeisterin  
Dr.<sup>in</sup> Sabine Naderer Jelinek

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek erläutert die Angelegenheit und stellt den **Antrag**, die vorliegende Antragsempfehlung zu beschließen.

## Beschluss

**GR**                      **Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Die Antragsempfehlung wird einstimmig – durch Erheben der Hand - beschlossen.

StR Stangl, GR Mag. Kronsteiner, GR Mag. Steinkellner, GR Tagwerker, GR Ing. Mag. Velechovsky und StR Schwerer sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

### **TOP 10      Ansuchen diverser Vereine um Gewährung einer ordentlichen Subvention im Bereich Maßnahmen der Musik**

#### Amtsbericht

#### **Sachverhalt:**

Die Vergabe der Subventionen an die Vereine teilt sich in zwei Gruppen, wobei für die erste Gruppe die Höhe der Subvention als Fixbetrag vom Ausschuss empfohlen wird. Für die zweite Gruppe werden die danach verbleibenden finanziellen Mittel anhand der geltenden Richtlinien zur Vergabe der Subventionen basierend auf den vorgelegten Tätigkeitsberichten durch Vergabe von Punkten aufgeteilt. Seitens der Verwaltung wurde ein Vorschlag zur Punktevergabe ausgearbeitet. Der Vorschlag wird im Ausschuss präsentiert und zur Diskussion gestellt.

Die nachstehend angeführten Vereine suchen um eine ordentliche Subvention für das Jahr 2019 an.

#### **Vereine, deren Subvention als Fixbetrag zuerkannt wird:**

**a) Die Chorgemeinschaft Leonding** sucht am 15.10.2018 für Auftritte bei kirchlichen Anlässen, diversen Veranstaltungen und den laufendenden Betrieb im Jahr 2019 an. Die voraussichtlichen Ausgaben werden auf € 25.400,- und die Einnahmen auf € 17.250,- geschätzt. Vereinseigene Mittel sind in der Höhe von € 1.400,- vorgesehen. Zusätzliche Förderungen von anderen Stellen wurden nicht beantragt. Der Verein erhielt im Jahr 2018 eine ordentliche Subvention in der Höhe von € 4.300,-.

Der Nachweis der ordentlichen Subvention wurde ordnungsgemäß erbracht.

**b) Der Oberösterreichische Blasmusikverband Linz Land** sucht am 5.10.2018 um eine ordentliche Subvention in der Höhe von € 0,05 pro Einwohner („Musikcent“) für diverse Veranstaltungen und den laufenden Vereinsbetrieb im Jahr 2019 an. Laut Bevölkerungsstatistik (angezeigt im Intranet der Stadtgemeinde Leonding am 29.1.2019) haben mit Stichtag 01.01.2019 in Leonding 28.857 Personen ihren Hauptwohnsitz.

Die Höhe der Subvention für 2019 würde demnach **€ 1.442,85** betragen.

Der Verein erhielt im Jahr 2018 eine ordentliche Subvention in der Höhe von € 1.437,40. Der Nachweis wurde ordnungsgemäß erbracht.

Folgende Vereine haben erst nach dem vorgegebenem Stichtag (15. Oktober) um eine Subvention angesucht:

Laut den geltenden Richtlinien möge der Ausschuss für Kulturangelegenheiten und Stadtteilbelegung entscheiden, ob diese nachfolgend angeführten Vereine noch einer Behandlung zur Vergabe der Subventionen zugeführt werden.

**c) Das Leondinger Symphonie Orchester** sucht am 23.10.2018 um eine ordentliche Subvention für diverse Auftritte, Aktivitäten und den lfd. Betrieb für 2019 an. Die voraussichtlichen Ausgaben werden auf € 45.360,- und die Einnahmen auf € 24.300,- geschätzt. Vereinseigene Mittel sind in der Höhe von € 1.200,- vorgesehen. Zusätzlich wurde beim Land OÖ um eine Förderung in der Höhe von € 3.400,- angesucht. Lt. vorliegendem Ansuchen wurde bis dato keine Förderung von anderen Stellen gewährt.

Der Verein erhielt im Jahr 2018 eine ordentliche Subvention in der Höhe von € 6.800,- und eine außerordentliche Subvention in der Höhe von € 1.000,- .

Der Nachweis der ordentlichen und außerordentlichen Subvention 2018 wurde ordnungsgemäß erbracht.

**d) Die Stadtkapelle Leonding** sucht am 22.01.2018 um eine ordentliche Subvention für diverse Auftritte bei Veranstaltungen, Eigenveranstaltungen (Frühjahr- und Herbstkonzert) und den laufenden Betrieb im Jahr 2019 an. Die voraussichtlichen Ausgaben werden auf € 75.000,- und die Einnahmen auf € 74.000,- geschätzt. Vereinseigene Mittel sind in der Höhe von € 48.000,- vorgesehen. Die Stadtkapelle erhielt im Jahr 2018 eine ordentliche Subvention in der Höhe von € 23.500,- und eine außerordentliche Subvention in der Höhe von € 4.356,-

Der Nachweis der ordentlichen und außerordentlichen Subvention wurde ordnungsgemäß erbracht.

#### **Vereine, deren Subvention durch Punktevergabe zuerkannt wird:**

**e) Der Männergesangsverein Margarethen** sucht am 11.10.2018 um eine ordentliche Subvention für diverse Auftritte, Abhaltung von Proben, Beschaffung von Notenmaterial etc. und den laufenden Betrieb im Jahr 2018 an. Die voraussichtlichen Ausgaben werden auf € 5.210,- und die Einnahmen auf € 1.055,- geschätzt.

Der Verein erhielt eine ordentliche Subvention im Jahr 2018 in der Höhe von € 813,-.

Der Nachweis der ordentlichen Subvention wurde ordnungsgemäß erbracht.

**f) Die Jagdhornbläsergruppe Leonding-Kürnberg** sucht am 4.10.2018 um eine ordentliche Subvention für diverse Veranstaltung, Brauchtumpflege und den laufenden Betrieb 2019 an. Die Ausgaben für Instrumente, Bekleidung und diverse Reparaturen werden auf € 1.180,- geschätzt. Die Einnahmen werden, inkl. der Annahme einer gewährten Subvention von Seiten der Stadtgemeinde Leonding in Höhe von € 500,-, auf € 1.180,- geschätzt.

Der Verein erhielt eine ordentliche Subvention 2018 in der Höhe von € 500,-.

Der Nachweis der ordentlichen Subvention wurde ordnungsgemäß erbracht.

#### **Finanzierung:**

Im Voranschlag 2019, auf der VOP 1-322-757 (Maßnahmen der Kultur- lfd. Transferzahlungen) steht ein Gesamtbetrag von € 40.000, -- zur Verfügung.

#### **Anlagen:**

Ansuchen der Vereine um Gewährung einer ordentlichen Subvention und Tätigkeitsberichte.

### Antragsempfehlung

Der Ausschuss für Kulturangelegenheiten und Stadtteilbelebung möge über die Höhe der fix zu vergebenden Subventionen und über die von der Kulturverwaltung an Hand der übermittelten Tätigkeitsberichte und vorab berechneten Punktevergabe beraten und eine Empfehlung an den Stadtrat bzw. Gemeinderat aussprechen.

Der Bürgermeister:  
Mag. Walter Brunner

### Beratungsergebnis

**KUL**                    **Sitzungsdatum: 14.02.2019**

Der Antrag von STR Ing. Hametner wurde im Ausschuss für Kulturangelegenheiten und Stadtteilbelebung am 14.02.2019 einstimmig – durch Erheben der Hand – beschlossen.

#### **Der Stadtrat beschließe:**

Die Kulturvereine erhalten im Jahr 2019 - anhand der im Ausschuss für Kulturangelegenheiten und Stadtteilbelebung errechneten Punkteanzahl - folgende Subventionen:

Jagdhornbläser: € 660,00

Männergesangsverein Margarethen: € 795,00

OÖ Blasmusikverband LL: € 1.442,85

#### **Der Gemeinderat beschließe:**

Die Kulturvereine erhalten im Jahr 2019 - anhand der im Ausschuss für Kulturangelegenheiten und Stadtteilbelebung errechneten Punkteanzahl - folgende Subventionen:

Chorgemeinschaft Leonding: € 4.800,00

Symphonieorchester: € 7.300,00

Stadtkapelle Leonding: € 25.000,00

GR Möstl erläutert die Angelegenheit und stellt den **Antrag**, die vorliegende Antragsempfehlung zu beschließen.

### Beschluss

**GR**                    **Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Die Antragsempfehlung wird einstimmig – durch Erheben der Hand - beschlossen.

GR Mag. Kronsteiner, StR Ing. Hametner, GR Mag. Steinkellner, GR Tagwerker, GR Ing. Mag. Velechovsky und StR Schwerer sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

TOP 11

**Ankauf Löschfahrzeug LFB-A für die FF Leonding - Endabrechnung und Finanzierungsplan**



## Amtsbericht

### Sachverhalt:

Im Jahr 2019 wurde ein neues Löschfahrzeug LFB-A für die Feuerwehr Leonding angeschafft. Der Ankauf war vom Gemeinderat mit 31.01.2017 beschlossen worden.

Die Stadt hat beim Amt der OÖ Landesregierung um Landeszuschüsse angesucht. Ebenfalls wurde beim Landesfeuerwehrkommando um Beihilfen angesucht. Die anerkannten förderbaren Kosten wurden seitens der Landesregierung mit € 256.600,- Euro festgelegt.

### Finanzierung:

Die Finanzierung erfolgte neben den o.a. Zuschüssen durch Anteilsbeträge aus dem ordentlichen Haushalt.

Ein Protokollauszug jener Gemeinderatssitzung, dem der Beschluss der im Erlass angeführten Finanzierung entnommen werden kann, ist vorzulegen.

### Antragsempfehlung

Der Stadtrat wolle dem Gemeinderat empfehlen, den beiliegend angeführten Finanzierungsplan für den Ankauf des Löschfahrzeugs zu genehmigen.

	2019	Gesamt in Euro
Anteilsbetrag o.H.	85.800	85.800
LFK-Zuschuss	85.000	85.000
BZ-Mittel	85.800	85.800
<b>Summe in Euro</b>	<b>256.600</b>	<b>256.600</b>

Die tatsächlichen Kosten laut Rechnung der Firma Rosenbauer betragen €°367.350,-.

Für den Bürgermeister:  
Die 1.Vizebürgermeisterin  
Dr.<sup>in</sup> Sabine Naderer Jelinek

### Beratungsergebnis

**StR**                      **Sitzungsdatum: 19.3.2019**

Über Antrag von VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek wird dem Gemeinderat einstimmig – durch Erheben der Hand – empfohlen:

### Der Gemeinderat beschließt:

Der beiliegend angeführte Finanzierungsplan für den Ankauf des Löschfahrzeugs wird genehmigt.

	2019	Gesamt in Euro
Anteilsbetrag o.H.	85.800	85.800
LFK-Zuschuss	85.000	85.000
BZ-Mittel	85.800	85.800
<b>Summe in Euro</b>	<b>256.600</b>	<b>256.600</b>

Die tatsächlichen Kosten laut Rechnung der Firma Rosenbauer betragen €°367.350,-.

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek erläutert die Angelegenheit und stellt den **Antrag**, die vorliegende Antragsempfehlung zu beschließen.

GR Katstaller:  
Wer trägt die Differenz von 140.000 Euro?

RD Hochreiner:  
Die Differenz ist von der Stadt zu begleichen.

## Beschluss

**GR**                      **Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Die Antragsempfehlung wird einstimmig – durch Erheben der Hand - beschlossen.

GR Tagwerker, GR Ing. Mag. Velechovsky und StR Schwerer sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

**TOP 12**      **Pachtvertrag ehem. Bata's**

Amtsbericht

### **Sachverhalt:**

Aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom 19.03.2019 wird die leerstehende Fläche, ehem. Bata's neu vergeben.

Der Standardpachtvertrag wurde im Stadtrat beschlossen und wird nun auf die Pächterin und das Geschäftslokal angepasst. Der Pachtvertrag mit Frau Angelika Knabl ist mit 01.05.2019 geplant. Die Pachthöhe, Wertsicherung und die näheren Vertragsdetails sind aus Datenschutzgründen dem Pachtvertrag zu entnehmen.

### **Anlagen:**

Pachtvertrag\_Knabl  
Beilage A.1\_Knabl  
Beilage A.2\_Knabl  
Beilage C\_Knabl  
Beilage D\_Knabl

Antragsempfehlung

### **Der Gemeinderat beschließt:**

Der Verpachtung des zukünftigen Pubs an Frau Angelika Knabl, Schulstraße 86, 4050 Traun mittels beiliegendem Pachtvertrag und allen Vertragsmodalitäten, wird zugestimmt.

Für den Bürgermeister:  
Die 1. Vizebürgermeisterin  
Dr.<sup>in</sup> Sabine Naderer Jelinek

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek erläutert die Angelegenheit und stellt den **Antrag**, die vorliegende Antragsempfehlung zu beschließen.

Vbgm. Mag. Täubel:

Bürgermeister a. D Mag. Brunner wollte das Lokal nach dem Ende der Artrio Bar als Büroräume nutzen. Vier Parteien haben einen Antrag eingebracht, um das Lokal wieder zu verpachten, damit der

Stadtplatz belebt wird. Das ist dann geschehen, leider ist das Lokal nicht so gelaufen, wie gewollt. Jetzt haben wir Gott sei Dank wieder einen Interessenten bzw. eine Interessentin. Genauso ist es auch beim ehemaligen Stadtcafe. Ich möchte aber dazu appellieren, die Lokale zu nutzen und zu bewerben, denn wenn wir das nicht tun, wird das wieder nichts werden.

Vbgm. Bäck

Auch ich bin froh, dass wir wieder eine Pächterin gefunden haben. Wir müssen wirklich darauf schauen, das zu beleben. Wie schnell kann die Pächterin einziehen?

AL Wiesinger:

Der Pachtvertrag startet mit 01.05.

Dr.<sup>in</sup> Sabine Naderer-Jelinek:

Ich habe mich im Stadtrat enthalten, werde aber heute zustimmen, meine Fraktion hat mich davon im Sinne der Belebung überzeugt. Ich war bei den letzten Gesprächen schon der Meinung, dass wir die Lokale beleben müssen, ich bin mir aber nicht ganz sicher, ob das für diesen Standort das richtige Konzept ist. Das gilt auch für den nächsten Tagesordnungspunkt. Ich wünsche mir, dass ich mich täusche, aber ich befürchte, wir werden uns bald wieder mit dem Thema befassen.

## **Beschluss**

**GR                      Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Die Antragsempfehlung wird einstimmig – durch Erheben der Hand - beschlossen.

StR Stangl, GR Goldgruber und GR Ing. Mag. Velechovsky sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

**TOP 13      Pachtvertrag ehem. Stadtcafé**

Amtsbericht

### **Sachverhalt:**

Aufgrund des Stadtratsbeschlusses vom 19.03.2019 wird die leerstehende Fläche, ehem. ehem. Stadtcafé neu vergeben.

Der Standardpachtvertrag wurde im Stadtrat beschlossen und wird nun auf den Pächter und das Geschäftslokal angepasst. Der Pachtvertrag mit Herr Khen Cenn ist mit 01.05.2019 geplant. Die Pacht Höhe, Wertsicherung und die näheren Vertragsdetails sind aus Datenschutzgründen dem Pachtvertrag zu entnehmen.

Die Kostenschätzung für sämtliche Arbeiten und Investitionen im ehem. Stadtcafé (Sanierungen, Adaptierung, und Neuanschaffungen), beläuft sich wie bereits in der Gemeinderatssitzung vom 29.06.2017 beschlossen auf ca. € 250.000,00.

### **Finanzierung:**

Im Außerordentlichen Haushalt der Stadtgemeinde Leonding für 2019 sind auf der VOP 5-84632-010000 € 250.000,00 inkl. MwSt. für Adaptionsarbeiten veranschlagt.

### **Anlagen:**

Pachtvertrag\_Cenn

Beilage\_A.1\_Cenn

## Antragsempfehlung

### **Der Gemeinderat beschließe:**

Der Verpachtung für das zukünftige Restaurant an Herrn Khen Cenn, Parkstraße 36, 4060 Leonding, mittels beiliegendem Pachtvertrag und allen Vertragsmodalitäten sowie die notwendigen Adaptierungen seitens der Stadtgemeinde durchzuführen, wird zugestimmt.

Für den Bürgermeister:  
Die 1. Vizebürgermeisterin  
Dr.<sup>in</sup> Sabine Naderer Jelinek

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek erläutert die Angelegenheit und stellt den **Antrag**, die vorliegende Antragsempfehlung zu beschließen.

StR Ing. Hametner:

Der Pachtvertrag ist erst später gekommen. Ich ersuche um Meldung, wenn noch Unterlagen nachkommen, weil es nicht einfach ist, immer nachzusehen. Das wäre ein Service an uns.

Dr.<sup>in</sup> Sabine Naderer-Jelinek:

Nachdem es um hohe Investitionen geht, habe ich darauf bestanden, dass wir uns so weit absichern und einen letter of intent mit Hrn. Cenn vereinbaren, dass bis zum Ende des Jahres eine Bankgarantie mit einer etwas höheren Summe hinterlegt werden muss.

## Beschluss

**GR                      Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Die Antragsempfehlung wird einstimmig – durch Erheben der Hand - beschlossen.

GR Goldgruber und GR Möstl sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

**TOP 14              Adaptierungsarbeiten für die Erweiterung der Kinderbetreuungseinrichtung auf  
5-KIGA Gruppen im Schulzentrum Hart - Auftragsvergabe**

### Amtsbericht

#### **Sachverhalt:**

Mit Beschluss des Gemeinderates vom 28.06.2018 wurde der Errichtung einer fünften Kindergarten-Gruppe im Schulzentrum Hart zugestimmt. (Anlage 1)

Um die erforderlichen Adaptierungsarbeiten für die Erweiterung der Kinderbetreuungseinrichtung auf 5-KIGA Gruppen durchführen zu können wurden für die notwendigen Gewerke (Baumeister, Schlosser/Leichtmetall, Trockenbauarbeiten, Spenglerarbeiten, Fliesenlegerarbeiten, Innentüren, Malerarbeiten) Angebote nach den Bestimmungen des Bundesvergabegesetzes (BvergG 2006 i.d.g.F.) als Direktvergabe im Unterschwellenbereich eingeholt.

Folgende Auftragsvergaben (Preise exkl. MwSt.) sind für die Adaptierungsarbeiten für die Erweiterung der Kinderbetreuungseinrichtung auf 5-KIGA Gruppen im Schulzentrum Hart erforderlich:

A) Baumeisterarbeiten

1.	<b>KAPL Bau GmbH</b>	<b>4190 Bad Leonfelden</b>	<b>€ 129.425,37</b>
2.	Adapt Haller GmbH	4030 Linz	€ 133.847,24
3.	Simader Bau GmbH	4181 Oberneukirchen	€ 147.972,53

Die Firma Jos.Ertl GmbH, 4063 Hörsching hat kein Angebot abgegeben.

Die Firma Gerstl Bau GesmbH, 4600 Wels hat kein Angebot abgegeben.

Es wird vorgeschlagen, die Baumeisterarbeiten an die Firma KAPL Bau GmbH, Gerastraße 3, 4190 Bad Leonfelden, mit einer Auftragssumme von € 129.425,37 exkl. MwSt. auf Grundlage des Angebotes vom 26.02.2019 zu vergeben.

B) Schlosser/Leichtmetallarbeiten

1.	<b>Metallbau Blauensteiner GmbH</b>	<b>4331 Naarn</b>	<b>€ 35.292,40</b>
2.	Andorfer Metallbau GmbH	4060 Leonding	€ 50.103,60

Die Firma Franz Feilmayr GmbH, 4060 Leonding hat kein Angebot abgegeben.

Die Firma Heindl Metalltechnik GmbH, 4030 Linz hat kein Angebot abgegeben.

Die Firma M-Tron GmbH, 4190 Bad Leonfelden hat kein Angebot abgegeben.

Es wird vorgeschlagen, die Schlosser/Leichtmetallarbeiten an die Firma Metallbau Blauensteiner GmbH, Neuhof 21, 4331 Naarn mit einer Auftragssumme von € 35.292,40 exkl. MwSt. auf Grundlage des Angebotes vom 20.02.2019 zu vergeben.

C) Trockenbauarbeiten

1.	<b>Martin Hofreiter GmbH</b>	<b>4230 Pregarten</b>	<b>€ 15.907,98</b>
2.	Trockenbau Lukic KG	4600 Wels	€ 17.346,78
3.	Systembau Roitner GmbH	4631 Krenglbach	€ 20.304,68

Es wird vorgeschlagen, die Trockenbauarbeiten an die Firma Martin Hofreiter GmbH, Selker 29, 4230 Pregarten mit einer Auftragssumme von € 15.907,98 exkl. MwSt. auf Grundlage des Angebotes vom 26.02.2019 zu vergeben.

D) Spenglerarbeiten

1.	<b>DWH Huemer GmbH</b>	<b>4614 Marchtrenk</b>	<b>€ 14.356,60</b>
----	------------------------	------------------------	--------------------

Die Firma Hofer Spenglerei GesmbH, 4060 Leonding hat kein Angebot abgegeben.

Die Firma Kiesenhofer GesmbH, 4201 Gramastetten hat kein Angebot abgegeben.

Die Firma Kapl Bau GmbH, 4190 Bad Leonfelden hat kein Angebot abgegeben.

Es wird vorgeschlagen, die Spenglerarbeiten an die Firma DWH Huemer GmbH, Ledererstraße 5, 4614 Marchtrenk mit einer Auftragssumme von € 14.356,60 exkl. MwSt. auf Grundlage des Angebotes vom 27.02.2019 zu vergeben.

E) Fliesenlegerarbeiten

1.	<b>HB Fliesen GmbH</b>	<b>4310 Mauthausen</b>	<b>€ 16.409,00</b>
2.	Seyrlehner GmbH	4470 Enns	€ 16.566,00

Die Firma Heitzmann, 4050 Traun hat kein Angebot abgegeben.

Die Firma Waldl e.U., 4040 Linz hat kein Angebot abgegeben.

Es wird vorgeschlagen, die Fliesenlegerarbeiten an die Firma HB Fliesen GmbH, Daimlerstraße 3, 4310 Mauthausen mit einer Auftragssumme von € 16.409,00 exkl. MwSt. auf Grundlage des Angebotes vom 22.02.2019 zu vergeben.

F) Innentüren

1. **Türenwerkstatt Pilz GmbH**                      **4060 Leonding**                      **€ 7.064,90**

Die Firma Scheschy Tischlerei GesmbH, 4120 Neufelden hat kein Angebot abgegeben.  
Die Firma Tischlerei Zoitl GmbH, 4020 Linz hat kein Angebot abgegeben.

Es wird vorgeschlagen, die Lieferung und Montage der Innentüren an die Firma Türenwerkstatt Pilz GmbH, Im Grenzwinkel 1, 4060 Leonding mit einer Auftragssumme von € 7.064,90 exkl. MwSt. auf Grundlage des Angebotes vom 27.02.2019 zu vergeben.

G) Malerarbeiten

1. **Lumetsberger GmbH**                      **4030 Linz**                      **€ 4.696,00**  
2. Hauser GmbH                                      4030 Linz                      € 4.876,30  
3. Niederleitner                                      4050 Traun                      € 6.262,00

Die Firma Happy Maler, 4020 Linz hat kein Angebot abgegeben.

Es wird vorgeschlagen, die Malerarbeiten an die Firma Malerei Lumetsberger GmbH, Denkstraße 30, 4030 Linz mit einer Auftragssumme von € 4.696,00 exkl. MwSt. auf Grundlage des Angebotes vom 27.02.2019 zu vergeben.

Folgende Auftragsvergabe (Preise exkl. MwSt.) ist für die Adaptierungsarbeiten für die Erweiterung der Kinderbetreuungseinrichtung auf 5-KIGA Gruppen im Schulzentrum Hart erforderlich und wird über die Bundesbeschaffung GmbH (BBG), Bahnhofplatz 1, 4021 Linz abgerufen:

H) Einrichtung

1. **Mayr Schulmöbel GmbH**                      **4644 Scharnstein**                      **€ 28.452,31**

Es wird vorgeschlagen, die Einrichtung an die Firma Mayr Schulmöbel GmbH, Mühldorf 2, 4644 Scharnstein, mit einer Auftragssumme von € 28.452,31 exkl. MwSt. auf Grundlage des Angebotes vom 28.02.2019 zu vergeben.

Die angeführten Auftragsvergaben ergeben eine Gesamtauftragssumme von € 251.604,56 exkl. MwSt.

**Finanzierung:**

Nach Rücksprache mit der Abteilung Finanz kann die Bedeckung der Kosten im Wirtschaftsplan für 2019 der Infrastruktur und Immobilien Leonding GmbH sichergestellt werden.

**Anlagen:**

- 01\_Grundsatzbeschluss Einbau 5 KIGA Gruppe im SZ Hart
- 02\_Einreichplan
- 03\_Vergabevorschlag und Preisspiegel Baumeisterarbeiten
- 04\_Vergabevorschlag und Preisspiegel Schlosser/Leichtmetallarbeiten
- 05\_Vergabevorschlag und Preisspiegel Trockenbauarbeiten
- 06\_Vergabevorschlag und Angebot Spenglerarbeiten
- 07\_Vergabevorschlag und Preisspiegel Fliesenlegerarbeiten
- 08\_Vergabevorschlag und Angebot Innentüren
- 09\_Vergabevorschlag und Preisspiegel Malerarbeiten

## 10\_Vergabevorschlag und Angebot Einrichtung

### Antragsempfehlung

Der Stadtrat möge dem Gemeinderat empfehlen, Folgendes zu beschließen:

Den Auftragsvergaben (Preise exkl. MwSt.) für die weiteren notwendigen Gewerke bezüglich der Adaptierungsarbeiten für die Erweiterung der Kinderbetreuungseinrichtung auf 5-KIGA Gruppen im Schulzentrum Hart, durch die Infrastruktur und Immobilien Leonding GmbH & Co KG mit einer Gesamtsumme von € 251.604,56 an:

die Fa. KAPL Bau GmbH, 4190 Bad Leonfelden (Baumeisterarbeiten € 129.425,37),  
die Fa. Metallbau Blauensteiner GmbH, 4331 Naarn (Schlosser/Leichtmetallarbeiten € 35.292,40),  
die Fa. Hofreiter GmbH, 4230 Pregarten (Trockenbauarbeiten € 15.907,98),  
die Fa. DWH Huemer GmbH, 4614 Marchtrenk (Spenglerarbeiten € 14.356,60),  
die Fa. HB Fliesen GmbH, 4310 Mauthausen (Fliesenlegerarbeiten € 16.409,00),  
die Fa. Türenwerkstatt Pilz GmbH, 4060 Leonding (Innentüren € 7.064,90),  
die Fa. Lumetsberger GmbH, 4030 Linz (Malerarbeiten € 4.696,00),  
die Fa. Mayr Schulmöbel GmbH, 4644 Scharnstein (Einrichtung € 28.452,31),

wird zugestimmt.

Für den Bürgermeister:  
Die 1.Vizebürgermeisterin  
Dr.<sup>in</sup> Sabine Naderer Jelinek

### Beratungsergebnis

**StR**                      **Sitzungsdatum: 19.3.2019**

Über Antrag von VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek wird dem Gemeinderat einstimmig – durch Erheben der Hand – empfohlen:

#### **Der Gemeinderat beschließt:**

Den Auftragsvergaben (Preise exkl. MwSt.) für die weiteren notwendigen Gewerke bezüglich der Adaptierungsarbeiten für die Erweiterung der Kinderbetreuungseinrichtung auf 5-KIGA Gruppen im Schulzentrum Hart, durch die Infrastruktur und Immobilien Leonding GmbH & Co KG mit einer Gesamtsumme von € 251.604,56 an

die Fa. KAPL Bau GmbH, 4190 Bad Leonfelden (Baumeisterarbeiten € 129.425,37),  
die Fa. Metallbau Blauensteiner GmbH, 4331 Naarn (Schlosser/Leichtmetallarbeiten € 35.292,40),  
die Fa. Hofreiter GmbH, 4230 Pregarten (Trockenbauarbeiten € 15.907,98),  
die Fa. DWH Huemer GmbH, 4614 Marchtrenk (Spenglerarbeiten € 14.356,60),  
die Fa. HB Fliesen GmbH, 4310 Mauthausen (Fliesenlegerarbeiten € 16.409,00),  
die Fa. Türenwerkstatt Pilz GmbH, 4060 Leonding (Innentüren € 7.064,90),  
die Fa. Lumetsberger GmbH, 4030 Linz (Malerarbeiten € 4.696,00),  
die Fa. Mayr Schulmöbel GmbH, 4644 Scharnstein (Einrichtung € 28.452,31),

wird zugestimmt.

StR Neidl, MBA erläutert die Angelegenheit und stellt den **Antrag**, die vorliegende Antragsempfehlung zu beschließen.

GR Katstaller:

Ist die Mayr Schulmöbel GmbH der einzige einschlägige Anbieter?



AL Wiesinger:

Bei den Schulmöbeln gibt es wenige Anbieter, es kann aber nur die Firma Mayr die gestellten Anforderungen erfüllen.

## Beschluss

**GR**                      **Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Die Antragsempfehlung wird einstimmig – durch Erheben der Hand - beschlossen.

GR Goldgruber und GR Ing. Luger Velechovsky sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

### **TOP 15      Pumpwerk Doppl, Maschinelle Ausrüstung - Auftragsvergabe**

#### Amtsbericht

#### **Sachverhalt:**

Zurzeit werden die Erd- und Baumeisterarbeiten (Errichtung des Speicherbauwerkes) für den Neubau des Pumpwerkes Doppl durchgeführt. Die Arbeiten wurden im Jänner 2019 vergeben an die Fa. Porr Bau GmbH, Linz vergeben. In weiterer Folge ist nun die maschinelle Ausrüstung des Pumpwerkes zu installieren. Die maschinelle Ausrüstung besteht aus zwei Trockenwetterpumpen für die häuslichen Schmutzwässer und einer Reinwasserpumpe für die Niederschlagswässer aus dem Verkehrsflächen. Es ist geplant mit den Installationsarbeiten der maschinellen Ausrüstung, Ende März 2019 zu beginnen.

Für die Installation der Ausrüstung wurden drei Firmen zur Abgabe eines Angebotes in Form einer Direktvergabe gemäß BVergG 2006 idGF. eingeladen. Die Öffnung der Angebote fand am 25. Februar 2019 im Rathaus Leonding statt. Nach Überprüfung der Angebote geht die Fa. Meisl GmbH, Lettental 53, 4360 Grein als Billigstbieter hervor.

Es wird daher vorgeschlagen, die Arbeiten für die Maschinelle Ausrüstung des Pumpwerkes Doppl an die Fa. Meisl GmbH mit einer vorläufigen Auftragssumme von € 86.889,25 exkl. MwSt. (€ 104.267,10 inkl. MwSt.) auf Grundlage des Angebotes vom 21. Februar 2019 zu vergeben.

#### **Finanzierung:**

Die Bedeckung der Kosten im a.o. Haushalt des Voranschlages 2019 auf VOP 5/8512-0501 ist nicht gegeben. Es wird daher eine Kreditübertragung von VOP 5/649010-7280 (Stadtregionales Forum Mobilitätskontenpunkte) in der Höhe von € 90.000,00 auf VOP 5/8512-0501 (Betriebe der Abwasserbeseitigung – Erweiterungen und Sanierungen) vorgesehen.

#### **Anlagen:**

- 01 Protokoll Angebotseröffnung
- 02 Prüfbericht und Vergabevorschlag
- 03 Detailplan Pumpenanlage

#### Antragsempfehlung

Der Stadtrat möge dem Gemeinderat empfehlen, Folgendes zu beschließen:

Die Installationsarbeiten für die Maschinelle Ausrüstung des Pumpwerkes Doppl werden an die Firma Meisl GmbH, Lettental 53, 4360 Grein mit einer vorläufigen Auftragssumme von € 86.889,25 exkl. MwSt. (€ 104.267,10 inkl. MwSt.) auf Grundlage des Angebotes vom 21. Februar 2019 vergeben.

Zur Bedeckung der Kosten von € 90.000,00 wird der Kreditübertragung von VOP 5/649010-7280 (Stadtregionales Forum Mobilitätsknotenpunkte) auf VOP 5/8512-0501 (Betriebe der Abwasserbeseitigung – Erweiterungen und Sanierungen) zugestimmt.

Für den Bürgermeister:  
Die 1. Vizebürgermeisterin  
Dr.<sup>in</sup> Sabine Naderer Jelinek

### **Beratungsergebnis**

**StR**                      **Sitzungsdatum: 19.3.2019**

Über Antrag von VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek wird dem Gemeinderat einstimmig – durch Erheben der Hand – empfohlen:

#### **Der Gemeinderat beschließt:**

Die Installationsarbeiten für die maschinelle Ausrüstung des Pumpwerkes Doppl werden an die Firma Meisl GmbH, Lettental 53, 4360 Grein mit einer vorläufigen Auftragssumme von € 86.889,25 exkl. MwSt. (€ 104.267,10 inkl. MwSt.) auf Grundlage des Angebotes vom 21. Februar 2019 vergeben.

Zur Bedeckung der Kosten von € 90.000,00 wird der Kreditübertragung von VOP 5/649010-7280 (Stadtregionales Forum Mobilitätsknotenpunkte) auf VOP 5/8512-0501 (Betriebe der Abwasserbeseitigung – Erweiterungen und Sanierungen) zugestimmt.

StR Neidl, MBA erläutert die Angelegenheit und stellt den **Antrag**, die vorliegende Antragsempfehlung zu beschließen.

### **Beschluss**

**GR**                      **Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Die Antragsempfehlung wird einstimmig – durch Erheben der Hand - beschlossen.

GR Ing. Luger und GRE L. Dorn-Fussenegger sind bei der Abstimmung nicht anwesend.

#### **TOP 16      Neugestaltung Spielplatz Nußböckstraße**

Wurde abgesetzt.

#### **TOP 17      Grünflächenbetreuung (Mäharbeiten) von Gemeindegrundstücken für die Jahre 2019,2020 und 2021**

Amtsbericht

#### **Sachverhalt:**

Die Arbeiten für die Grünflächenbetreuung (Mäharbeiten) von Gemeindegrundstücken (Isidorpark, Sport- und Spielplatz Rufling, Tagesheimstätte Holzheim, Turmwiese beim Turm 13, Spielplatz am Südgarten, Parkanlage Limesstraße, Alhartinger- und Füchselbach) wurden in einem nicht offenen Verfahren ohne Bekanntmachung gemäß Bundesvergabegesetz 2018 i.d.g.F. ausgeschrieben. Zwecks Vereinfachung der Ausschreibung wurden die Leistungen für 3 Jahre (2019,2020 und 2021)

ausgeschrieben, wobei für beide Vertragspartner nach Vorliegen triftiger Gründe (zb. mangelhafte, teilweise oder nicht erbrachte Leistungen) die Möglichkeit der Kündigung des Leistungsvertrages im gegenseitigen Einvernehmen zum 1. Dezember 2019 und 1. Dezember 2020 eingeräumt wird.

Für die Ausschreibung wurden 10 Firmen zur Angebotslegung eingeladen.

Die Angebotseröffnung fand am 27. Februar 2019 im Stadtservice (Wirtschaftshof) Leonding im Beisein der Bieter statt. Insgesamt wurden 5 Angebote fristgerecht eingereicht.

Nach Überprüfung der eingereichten Leistungsverzeichnisse in rechnerischer Hinsicht ergibt sich nachstehende Reihung:

1. ISS Facility Services, Linz	114.784,33 inkl. MwSt.	100 %
2. Huber Dienstleistungen, St. Florian	146.160,00 inkl. MwSt.	128 %
3. Schmidt Reinigung, Leonding	149.988,00 inkl. MwSt.	130 %
4. Maschinenring, Eferding	154.850,40 inkl. MwSt.	135 %
5. Schober GmbH, Linz	172.684,80 inkl. MwSt.	150 %

Auf Grund des Ausschreibungsergebnisses wird daher vorgeschlagen, die Arbeiten an die Firma ISS Facility Services Petzoldstraße 42 4020 Linz auf Grundlage ihres Angebotes vom 25. Februar 2019 mit einer Gesamtauftragssumme von € 114.784,33 inkl. MwSt. (pro Jahr € 38.261,44 inkl. MwSt.) für die Jahre 2019, 2020 und 2021 zu vergeben.

#### **Finanzierung:**

Die Bedeckung der Kosten ist im ordentlichen Haushalt des Voranschlages 2019 auf VOP 1/815/728 – Park und Gartenanlagen gegeben.

#### **Anlagen:**

Angebote Grünflächenbetreuung

#### **Antragsempfehlung**

Der Stadtrat möge dem Gemeinderat empfehlen, Folgendes zu beschließen:

Die Arbeiten für die Grünflächenbetreuung (Mäharbeiten) von Gemeindegrundstücken für die Jahre 2019, 2020 und 2021 werden an die Firma ISS Facility Services Petzoldstraße 42 4020 Linz mit einer Gesamtauftragssumme von € 114.784,30 inkl. MwSt. (pro Jahr € 38.261,44 inkl. MwSt.) auf Grundlage des Angebotes vom 25. Februar 2019 vergeben.

Für den Bürgermeister:  
Die 1. Vizebürgermeisterin  
Dr.<sup>in</sup> Sabine Naderer Jelinek

#### **Beratungsergebnis**

**StR**                      **Sitzungsdatum: 19.3.2019**

Über Antrag von VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek wird dem Gemeinderat einstimmig – durch Erheben der Hand – empfohlen:

**Der Gemeinderat beschließt:**

Die Arbeiten für die Grünflächenbetreuung (Mäharbeiten) von Gemeindegrundstücken für die Jahre 2019, 2020 und 2021 werden an die Firma ISS Facility Services Petzoldstraße 42 4020 Linz mit einer Gesamtauftragssumme von € 114.784,30 inkl. MwSt. (pro Jahr € 38.261,44 inkl. MwSt.) auf Grundlage des Angebotes vom 25. Februar 2019 vergeben.

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek erläutert die Angelegenheit und stellt den **Antrag**, die vorliegende Antragsempfehlung zu beschließen.

Vbgm. Bäck:

Wir haben eine große Wiese beim Turm XIII, die zwei Mal im Jahr gemäht wird. Ich habe die Rückmeldung bekommen, dass Frau Miesenberger versuchen wird, eine Blühfläche anzulegen. Ich möchte erwähnen, dass sie dafür mit dem Bienenzentrum Oberösterreich Kontakt aufnehmen soll, denn es ist auch geplant, dass man entlang der Straßen solche Blühflächen anlegen kann. Es sollen mehrjährige Streifen angelegt werden.

## **Beschluss**

**GR**                      **Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Die Antragsempfehlung wird einstimmig – durch Erheben der Hand - beschlossen.

GRE L. Dorn-Fussenegger ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

**TOP 18**                      **Bebauungsplanerstellung Nr. 4.3 "Schusterstraße" - Einleitung des Verfahrens und Erklärung zum Neuplanungsgebiet über das Planungsgebiet zur Erstellung eines Bebauungsplanes Nr. 4.3 "Schusterstraße" – Beschlussfassung**

Amtsbericht

### **Sachverhalt:**

Im Interesse der Sicherung einer zweckmäßigen und geordneten Bebauung und Wahrung des Orts- und Landschaftsbildes, soll für den Bereich des Grundstückes Nr. 1983/2 (Verlängerung Schusterstraße) ein Bebauungsplan erstellt werden.

Grund für die Erstellung ist die durchgeführte Flächenwidmungsplanänderung die künftig eine Wohnbebauung (Bahnabsiedler) ermöglichen soll.

Um die Erstellung des Bebauungsplanes nicht zu erschweren bzw. zu behindern ist es zweckmäßig ein Neuplanungsgebiet für den gegenständlichen Bereich zu erlassen.

Die Planungsabsichten werden in den Grundzügen folgendermaßen formuliert:

- Max. Geschossanzahl 2 Vollgeschosse
- Max. Geschossflächenzahl 0,5
- Max. Grundflächenzahl 0,35
- Max. 2 Wohneinheiten pro Bauplatz
- 2 PKW-Abstellplätze pro Wohneinheit
- Die straßenseitige Baufluchtlinie verläuft in einem Abstand von 4m zur Straßengrundgrenze
- Offene Bauweise
- Schutz- oder Pufferzone im Bauland im nördlichen Bereich

Der beiliegende Entwurf des Bebauungsplanes wird der Neuplanungsgebietverordnung zugrundegelegt.

Die Stadtplanung empfiehlt auf Grund der durchgeführten Vorarbeiten, die Erstellung des Bebauungsplanes amtsintern durchzuführen.

**Anlagen:**

Entwurf Bebauungsplan 4.3 „Schusterstraße“

Verordnung Neuplanungsgebiet „Schusterstraße“

Orthofoto

GeoOffice

Google Earth

**Antragsempfehlung**

Der Ausschuss für Raumplanung und Verkehr möge dem Gemeinderat empfehlen, Folgendes zu beschließen:

1. Das Verfahren zur Bebauungsplanerstellung Nr. 4.3 „Schusterstraße“ wird eingeleitet.
2. Die beiliegende Verordnung über die Erklärung zum Neuplanungsgebiet für das Planungsgebiet des Bebauungsplanes Nr. 4.3 „Schusterstraße“ mit dargestellter Neuplanungsgebietsabgrenzung und den in den Grundzügen beschriebenen geänderten Planungsabsichten wird gemäß § 45 OÖ Bauordnung 1994 i.d.g.F. genehmigt.

Für den Bürgermeister

Die 1. Vizebürgermeisterin Dr.in Sabine Naderer-Jelinek

**Beratungsergebnis**

**PLA**                      **Sitzungsdatum: 07.03.2019**

Über Antrag von StR Gschwendtner wird die vorgetragene Antragsempfehlung einstimmig – durch Erheben der Hand – dem Gemeinderat zur Beschlussfassung empfohlen. GRErSM Brunner war bei der Abstimmung nicht anwesend.

**Der Gemeinderat beschließt:**

3. Das Verfahren zur Bebauungsplanerstellung Nr. 4.3 „Schusterstraße“ wird eingeleitet.
4. Die beiliegende Verordnung über die Erklärung zum Neuplanungsgebiet für das Planungsgebiet des Bebauungsplanes Nr. 4.3 „Schusterstraße“ mit dargestellter Neuplanungsgebietsabgrenzung und den in den Grundzügen beschriebenen geänderten Planungsabsichten wird gemäß § 45 OÖ Bauordnung 1994 i.d.g.F. genehmigt.

StR Ing. Gschwendtner erläutert die Angelegenheit und stellt den **Antrag**, die vorliegende Antragsempfehlung zu beschließen.

**Beschluss**

**GR**                              **Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Die Antragsempfehlung wird einstimmig – durch Erheben der Hand - beschlossen.

GRE L. Dorn-Fussenegger ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

TOP 19

**Kenntnisnahme der Bebauungsstudie Herzogstraße, Bebauungsplanerstellung Nr. 3.11 - Einleitung des Verfahrens und Erklärung zum Neuplanungsgebiet über das Planungsgebiet zur Erstellung eines Bebauungsplanes Nr. 3.11 - Beschlussfassung**

Amtsbericht

**Sachverhalt:**

Das Büro Kleboth und Dollnig wurde in Absprache mit dem Ausschuss für Raumplanung und Verkehr beauftragt eine Bebauungsstudie zu erstellen, welche am 15.02.2019 vorgelegt wurde.

Die Bebauungsstudie beinhaltet eine detaillierte Grundlagenforschung. Auf Basis dieser Grundlagenforschung wurden verschiedene Bebauungsvarianten durchgespielt.

Unter Beachtung der bestehenden Qualitäten und Einbeziehung wesentlicher Störfaktoren, wie z.B. die im Planungsgebiet befindliche Hochspannungsleitung, wird deutlich ersichtlich, dass ein Nutzungsmix aus Gewerbe und Wohnen am besten mit den vorherrschenden Bedingungen verträglich ist.

Die empfohlene Variante sieht eine gewerbliche Nutzung an der Ostseite vor. So könnte ein klarer Abschluss zwischen Gewerbe und Wohnen erreicht werden. Der Großteil des Areales könnte mit 10 gepaarten Doppelhäusern bebaut werden. Die geplante Bebauung würde ein gewisses dörfliches Flair aufweisen und die leicht erhöhte Dichte rechtfertigen. Der Grünzug könnte bei dieser Studie zur Gänze erhalten bleiben.

Das Ergebnis der Bebauungsstudie ist seitens der Stadtplanung nachvollziehbar und schlüssig. Durch die geplanten Maßnahmen würde eine bestmögliche Verbindung zwischen Wohnen und Gewerbe erreicht werden. Durch das Erhaltenbleiben des Grünzuges kann eine zusätzliche Qualität für das gegenständliche Planungsgebiet erreicht werden. Diese Fläche könnte eventuell als Naherholungszone genutzt werden.

Um die Inhalte der Bebauungsstudie umzusetzen wird empfohlen, dahingehend einen Bebauungsplan zu erlassen. Aufgrund der bereits durchgeführten Vorarbeiten erscheint es zweckmäßig die Erstellung des Bebauungsplanes an das Büro Kleboth und Dollnig zu vergeben.

Um die Erstellung des Bebauungsplanes nicht zu erschweren bzw. zu behindern soll ein Neuplanungsgebiet für den gegenständlichen Bereich erlassen werden.

Die Planungsabsichten werden in den Grundzügen folgendermaßen formuliert:

- im Bereich der Doppelhaustypologie:
  - Max. Geschossanzahl II+D
  - Max. Geschossflächenzahl 0,64
  - 2 PKW-Abstellplätze pro Wohneinheit
  
- Im Bereich Gewerbe:
  - Fassadenhöhe (FH) 8m
  - Max. Geschossflächenzahl 0,8

Der beiliegende Entwurf des Bebauungsplanes wird der Neuplanungsgebietverordnung zugrunde gelegt.

In der Sitzung des Ausschusses für Raumplanung und Verkehr am 07.03.2019 wurde folgender Beschluss gefasst:

1. Die Bebauungsstudie wird zur Kenntnis genommen
2. Das Verfahren zur Bebauungsplanerstellung N. 3.11 wird eingeleitet
3. Die Neuplanungsgebietsverordnung soll von der Stadtplanung überarbeitet werden und den Ausschussmitgliedern im Rundlauf vorgelegt werden.

Die ergänzte Neuplanungsgebietsverordnung wurde von der Stadtplanung im Rundlauf vorgelegt und wurde von den Mitgliedern des Ausschusses für Raumplanung und Verkehr zur Kenntnis genommen.

**Anlagen:**

Bebauungsstudie Herzogstraße  
Entwurf Bebauungsplan Nr. 3.11  
Verordnung Neuplanungsgebiet  
GeoOffice  
Orthofoto  
Google Earth

**Antragsempfehlung**

Der Ausschuss für Raumplanung und Verkehr möge dem Gemeinderat empfehlen, Folgendes zu beschließen:

1. Die Bebauungsstudie wird zur Kenntnis genommen.
2. Das Verfahren zur Bebauungsplanerstellung Nr. 3.11 wird eingeleitet.
3. Die beiliegende Verordnung über die Erklärung zum Neuplanungsgebiet für das Planungsgebiet des Bebauungsplanes Nr. 3.11 mit dargestellter Neuplanungsgebietsabgrenzung und den in den Grundzügen beschriebenen geänderten Planungsabsichten wird gemäß § 45 OÖ Bauordnung 1994 i.d.g.F. genehmigt.

Für den Bürgermeister:  
Die 1. Vizebürgermeisterin Dr.<sup>in</sup> Sabine Naderer-Jelinek

StR Ing. Gschwendtner erläutert die Angelegenheit und stellt den **Antrag**, die vorliegende Antragsempfehlung zu beschließen.

GR Gattringer:

Ich bedanke mich beim Büro Kleboth und Dollnig, denn mit so guten Unterlagen kann man gut arbeiten. Wir haben das im Ausschuss sachlich und fachlich fundiert vorgestellt bekommen.

GR Eberdorfer:

Das einzige, was mir aufgefallen ist, ist, dass ein Rad- und Gehweg geplant ist, was an sich eine gute Sache ist. Ich habe aber Bedenken, denn an dieser Stelle ist eines der letzten Rückzugsgebiete für Wildtiere. Es wäre wichtig, dass das erhalten bleibt.

StR Ing. Gschwendtner:

Die Idee des Radweges kam vom Architekturbüro, das gesagt hat, man darf die Chance nicht vertun. Der Radweg ist nicht im Gelände vorgesehen, sondern oberhalb der Geländekante, man muss ihn aber schon jetzt im Bebauungsplan vorsehen.

GRE DI Brunner:

Der Punkt ist uns im Ausschuss ebenfalls aufgefallen, ich habe reklamiert, dass er wegen des Rückzugsgebietes für das Niederwild auf die Geländekante hinaufkommt. Er soll auf dem bebaubaren

Grundstück im Bebauungsplan vorgesehen werden. Für den weiteren Verlauf gibt es interessante Möglichkeiten.

## Beschluss

**GR**                      **Sitzungsdatum: 28.03.2019**

Die Antragsempfehlung wird einstimmig – durch Erheben der Hand - beschlossen.

GR Gruber ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

### **TOP 20**            **MR Kons. Dr. Alfred Fridrik (Gemeindearzt) - Zuerkennung der dauernden Pension**

Über Antrag von Dr.<sup>in</sup> Sabine Naderer-Jelinek beschließt der Gemeinderat einstimmig- durch Erheben der Hand - bei diesem Tagesordnungspunkt aufgrund der Thematik, die Öffentlichkeit auszuschießen.

Die Angelegenheit wird in einem nicht öffentlichen Protokoll festgehalten.

### **TOP 21**            **Berichte des Bürgermeisters**

#### **21.1**    **Aufsichtsbeschwerde wegen Mobbingvorwürfen vom 15.08.2018**

VbGM. Dr. Naderer-Jelinek bringt dem Gemeinderat das Ergebnis zur Kenntnis:  
Die Oö. Landesregierung stellte nach Überprüfung der Aufsichtsbeschwerde wegen Mobbingvorwürfen kein gesetz- bzw. verordnungswidriges Verhalten der Stadtgemeinde Leonding fest. Es besteht daher aus Sicht der Oö. Landesregierung kein weiterer Handlungsbedarf.

#### **21.2**    **Betriebsanlagenverfahren - Stellungnahme im Sinne des § 355 GewO 1994 i.d.g.F.**

VbGM. Dr. Naderer-Jelinek:

- 1 AUTEFA Solutions GmbH, 4060 Leonding, Wegscheider Straße 15; Es ist beabsichtigt, zwei Flächengewichtsmessgeräte in die bestehende Krempelvliesanlage im Vorführtechnikum einzubauen.
- 2 Murad Abdiwasa, 4050 Traun, Wiener Bundesstraße 13/21; Am Standort der Betriebsanlage 4060 Leonding, Kauttenstraße 14, ist beabsichtigt, in das bestehende Gebäude eine KFZ-Werkstätte einzubauen. Die betrieblich genutzte Fläche beträgt insgesamt 400 m<sup>2</sup> wobei 50 m<sup>2</sup> davon als Büro genutzt werden.
- 3 Trench Austria GmbH, 4060 Leonding, Paschinger Straße 49; Es ist beabsichtigt, die bestehende Betriebsanlage durch Erneuerung des vorhandenen Prüfequipments im ASC-Prüffeld zu ändern. Der bestehende Prüfplatz wird räumlich nicht verändert, sondern durch neues und leistungsstärkeres Equipment aufgerüstet.

### **TOP 22**            **Allfälliges**



## **22.1 Prozess und Vorschreibung der Verkehrsflächen und Aufschließungsbeiträge sowie die Anschluss- und Ergänzungsgebühren - Prüfung**

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek:

Der Prüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 14.6.2018 den Prozess und die Vorschreibung der Verkehrsflächen und Aufschließungsbeiträge sowie die Anschluss- und Ergänzungsgebühren geprüft. In der Sitzung des Gemeinderates am 28.6.2018 wurde der Prüfbericht zur Kenntnis genommen und die Verwaltung beauftragt, diese Prozesse und Schnittstellen bis 31.8.2018 detailliert zu evaluieren und zu optimieren. Daraus folgen die notwendigen strukturellen und personellen Entscheidungen. Ein vorläufiger Bericht wurde dem Bürgermeister am 31.8.2018 vorgelegt. In diesem werden Optimierungsmöglichkeiten dargestellt. Einzelne Vorschläge des Berichtes wurden zweiseitig umgesetzt. Eine Verjährung von Kanal- und Wasseranschlussgebühren bzw. Ergänzungsgebühren ist nicht gegeben. Aktuell wird der Einsatz der im Bericht empfohlenen EDV-Lösung von der Finanzverwaltung getestet. Offen ist noch die Beratung über allfällige Änderungen der geltenden Gebührenordnung.

## **22.2 Einspruch in das Gemeinderatsprotokoll vom 26.2.2019**

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek:

Unter dem Punkt 17.6 „Bürgerinitiative Isidor“ lautet der Satz derzeit „VBM Dr.in Naderer-Jelinek berichtet, dass sie am Freitag von der Bürgerinitiative besucht wurde und von dieser eine Unterschriftenliste mit 2000 Unterschriften übergeben wurde.“ Das stimmt rein theoretisch, allerdings möchte ich, dass das so protokolliert wird, wie es tatsächlich ist. Es wurde keine Unterschriftenliste übergeben, sondern ein Lichtbild, auf dem vermerkt war, dass 2000 Unterschriften gesammelt wurden.

GR Ing. Landvoigt:

Ich habe auch eine Änderung zum gleichen Punkt. Der Text soll nun so sein:

„Wir werden uns einer Diskussion mit den Eigentümern nicht verschließen. Was weiter passiert, wird man sehen. Ich glaube, dass Isidor ein Thema ist, dass nichts mit den nächsten 3 Monaten zu tun hat. Ich glaube, dass man Isidor langfristig ansehen muss, auch im Hinblick auf das Thema leistbares Wohnen und im Hinblick auf das Thema ob und wie wir Leonding weiterentwickeln als Betriebsstandort, Wohnstandort usw.“

Die Einwendungen von VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek und GR Ing. Landvoigt werden einstimmig – durch Erheben der Hand - beschlossen.

## **22.3 Brief an LH Stelzer – Thema Westbahn**

Vbgm. Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek verliest folgenden Brief an Landeshauptmann Mag. Stelzer vom 21.3.2019:

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann Mag. Stelzer,

Sie haben vor einigen Wochen einen Brief der Stadt Leonding sowie ein persönliches Schreiben von Hrn. BGM a. D. Mag. Walter Brunner betreffend ÖBB-Trassenführung im Abschnitt Leonding erhalten.

In diesem Schreiben hat Sie mein Vorgänger um einen zeitnahen Termin gemeinsam mit Landesrat Mag. Günther Steinkellner, Vertretern des BMVIT, Vertretern der ÖBB-Infra, Vorstandsdirektor DI Bauer und Vertretern der Stadt Leonding ersucht, um zu einer Bewertung und Abklärung der aus Sicht der Stadt absolut notwendigen Variante „Einhausung und Tieferlegung 500m + 300m“ zu kommen. Zudem hat Hr. LR Mag. Steinkellner laut einem Schreiben an die Stadt Leonding vom 25. Februar 2019, dieses Ersuchen noch einmal an Sie herangetragen und um direkte Abstimmung gebeten. Das haben wir mehrfach versucht, leider bisher ohne Erfolg.

Natürlich ist uns bewusst, dass Sie als Landeshauptmann zahlreiche Verpflichtungen wahrnehmen müssen und Ihr Terminkorsett sehr eng ist. Dennoch darf ich Sie im Namen der Stadt Leonding hiermit noch einmal dringend um einen Termin in den nächsten zwei Wochen ersuchen, da am 15. April die zum Änderungsantrag der Genehmigungswerberin und zu den Gutachten eingeräumte Erstreckungsfrist des Bundesverwaltungsgerichtes endet.

Um Leonding, der viertgrößten Stadt in unserem schönen Bundesland, einer berechtigten und notwendigen Weiterentwicklung nicht zu berauben, ist diese Stellungnahme von enormer Wichtigkeit und eine vorherige Abstimmung aller Beteiligten daher dringend notwendig.

So wie ich Sie bisher kennenlernen durfte und aufgrund Ihrer bisherigen Zusagen bin ich fest davon überzeugt, dass Sie ebenfalls ein Interesse daran haben, diese Sache zu einem positiven Ende für die Stadt und damit für alle Beteiligten zu bringen.

Ich ersuche Sie daher nochmals eingehendst um einen zeitnahen Termin, wie bereits oben ausgeführt.

Freundliche Grüße  
Dr.<sup>in</sup> Sabine Naderer-Jelinek  
Vizebürgermeisterin

Herr Mag. Thomas Schäffer, Büroleiter, hat folgendes am 22.3.2019 geantwortet:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hinsichtlich Terminanfrage Westbahnausbau im Abschnitt Leonding darf ich Ihnen bekanntgeben, dass sich das Büro von LR Mag. Günther Steinkellner in der kommenden Woche (also in dieser) um die Terminkoordination annehmen und zum Termin einladen wird. LH Mag. Thomas Stelzer wird daran teilnehmen.

GR Mag. Steinkellner:

Ich werde mich bemühen, einen Termin zustande zu bringen. Logischerweise, und das ist nicht gerade ein Geheimnis, weiß auch die OÖ. Landesregierung, dass zufälligerweise in Leonding eine Wahl stattfindet. Ob es jetzt gelingt, noch einen Termin zustande zu bringen, hängt nicht von mir ab. Ich verschließe mich auch einer Koordination nicht, das machen die Damen. Es wird nur, wie man liest, auch für mich und für meine Damen, die gerne die Koordination machen, nicht gerade einfacher.

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek:

Es freut mich aus den Medien der letzten Tage und auch heute wieder zu entnehmen, dass sowohl Du als auch Herr LH Stelzer zu den Zusagen steht, die wir im Vorhinein getroffen haben und offensichtlich eine Tieferlegung und Einhausung begrüßt.

## **22.4 Wirthausproblematik**

GR Dr. Stipanitz:

Ich möchte darauf hinweisen, dass das Gasthaus „Zur Schießhalle“ heute zusperrt. Es wurde im Wirtschaftsausschuss angeregt, dass man sich mit dieser Problematik beschäftigen müsste, damit wir traditionelle Gastronomie erhalten. Man sollte sich Konzepte überlegen.

## **22.5 Stimmverhalten im Protokoll**

GR Mag. Prammer:

Ich nehme an, da keine Ausschussabstimmungen mehr im Gemeinderatsprotokoll ersichtlich sind, dass dies deshalb ist, weil das Protokoll veröffentlicht wird.

StAD Mag. Bindeus:

Das Stimmverhalten einzelner Personen ist nicht dazu bestimmt, dass es veröffentlicht wird. Ich werde mir das ansehen und berichten.

## **22.6 Leonding-App**

GRErsM Römer möchte wissen, wer der Initiator der „Schau auf Leonding“-App ist.

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek:

Das war eine Idee der Öffentlichkeitsarbeit, gemeinsam mit dem Stadtamtsdirektor und dem Bürgermeister.

GRErsM Römer:

Diese App ist wirklich gut, verständlich aufgebaut und wird immer mehr genutzt.

VBM Dr.<sup>in</sup> Naderer-Jelinek:

Ich werde das Lob an das Bürgerservice weiterleiten. In 8 Wochen soll geprüft werden, was an Bürgermeldungen hereinkommen ist und wir werden uns die Abläufe anschauen. Auch ich bin begeistert davon.

### Fertigung der Verhandlungsschrift

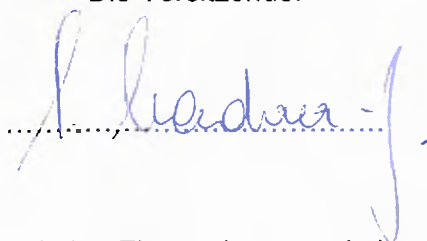
Die Vorsitzende stellt fest, dass die Tagesordnung erschöpft ist und weitere Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen.

Es wurden 2 Einwendungen gegen die Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 26.02.2019 erhoben. Beide Änderungen wurden einstimmig beschlossen.

Die Vorsitzende schließt um 20:27 Uhr die Sitzung.

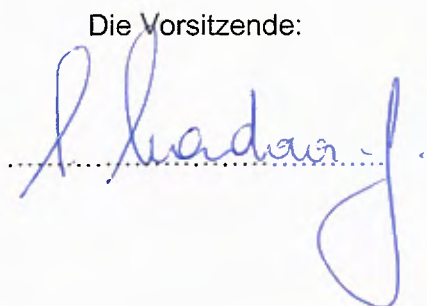
  
.....  
(Schriftführer/in)

Die Vorsitzende:

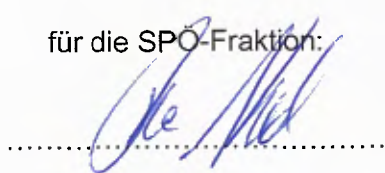
  
.....

In der Sitzung am 25.04.2019 wurden keine Einwendungen erhoben. Die Verhandlungsschrift gilt somit gemäß § 54 Abs. 5 der Oö. GemO 1990 i.d.g.F. als **genehmigt**.

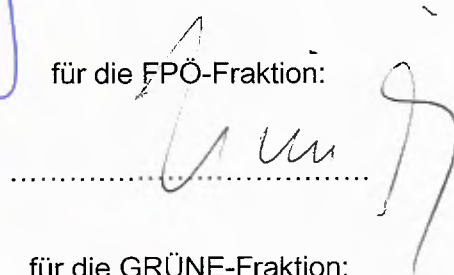
Die Vorsitzende:

  
.....

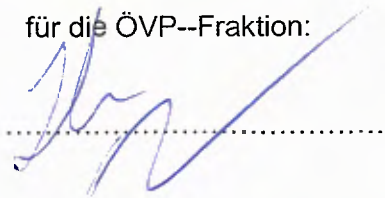
für die SPÖ-Fraktion:

  
.....

für die FPÖ-Fraktion:

  
.....

für die ÖVP-Fraktion:

  
.....

für die GRÜNE-Fraktion:

  
.....

für die NEOS Fraktion:

  
.....